Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 4/5, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 65. Donnerstag, den 17. März 1904. 15. Jahrgang.

## Ein auswärtiges Urteil über deutsche Regierungskünste.

Die Reichstags-Debatten über den Militär-Etat haben auch im Auslande die regste Aufmerksamkeit erregt, und speziell die Erklärung Bebels, daß jeder Sozialdemokrat bis zum letzten Atemzuge den deutschen Boden gegen fremde Eindringliche verteidigen würde, hat geradezu Sensation gemacht. Man kannte im Auslande die deutsche Sozialdemokratie eben nur nach den Schilderungen, die von bürgerlicher Seite, und nicht zuletzt vom Bundesratstische aus, von ihr entworfen wurden, wonach die Partei bekanntlich nur darauf lauert, um mit einem auswärtigen Feinde gemeinsame Sache zum Untergange Deutschlands zu machen. In einem sehr bemerkenswerten Leitartikel geben nun die „Times“ den Eindruck wieder, den diese Debatten und speziell das Benehmen der deutschen Regierungsvertreter in England gemacht haben. Das Blatt schreibt:

Die Debatten über den Militäretat, mit denen der deutsche Reichstag gerade beschäftigt ist, zeichnen sich durch denselben **schroffen und provokatorischen Ton** von Seiten der Regierung gegen die Sozialdemokraten aus, den die Minister ostentativ während der Debatten über das Treiben der russischen Polizei in Deutschland anschlugen. Der Kriegsminister, General von Einem, verschmäht ebenso wie Graf Bülow oder Freih. von Richthofen jeden Versuch, sich mit einer Partei zu versöhnen, die bei den letzten Wahlen eine weit größere Zahl deutscher Staatsbürger hinter sich hatte, wie irgend eine andere politische Gruppe ... **Die Minister behandeln die Sozialdemokraten einhellig als unversöhnliche Staatsfeinde und halten es, wie es scheint, für eine gute Politik und Taktik, sie der allgemeinen Verwünschung und Verachtung auszusetzen.** Das war geradezu sinnfällig in den bereits erwähnten Debatten über die russische Polizei. Aber selbst die **höhnischen Schmähungen** und die übermütig aggressive Sprache des Reichskanzlers in diesen Debatten bewiesen die wohlerwogene Absicht der Regierung, **diese drei Millionen deutscher Wähler als ebenso viele Verworfene zu behandeln,** nicht so deutlich, wie es die Antwort des Kriegsministers von Einem tat auf die Versicherungen deutscher Vaterlandsliebe, die die Herren [illegible]bour in den letzten Tagen im Namen ihrer Partei abgaben.

Auswärtige Zuhörer würden glauben, daß es jetzt für den Sprecher der Regierung ganz klar gewesen wäre, was er zu sagen hätte. **Man würde dieses Bekenntnis zur Vaterlandsliebe von dem Führer einer großen und wachsenden Partei, deren Treue und Patriotismus ja geradezu angezweifelt wurde, eifrig willkommen heißen; so sollte man annehmen.** Selbst wenn man auf Seiten der Regierung nicht volles Vertrauen in die sozialistischen Erklärungen setzen sollte, so müßte man sich — nach der Vorstellung eines ausländischen Beobachters — doch beeilen, von den Worten des sozialistischen Führers Notiz zu nehmen und ihn wie seine Parteigenossen daraufhin **festnageln.**

Graf Bülow behandelte die Sozialdemokraten in der Debatte über die russische Polizei so, als wären sie die bewußten oder unbewußten Helfershelfer der russischen „Anarchisten“, die er als Fanatiker hinstellte, deren politisches Glaubensbekenntnis Terrorismus und Mord sei, und die natürlichen Feinde aller zivilisierten Staaten wären. Die Regierung von Deutschland beabsichtige, so erklärte er, sich mit anderen Staaten zu verbinden, um den Anarchismus zu zerschmettern, und als Beispiele anarchistischer Verbrechen nannte er die Morde an den französischen Präsidenten Carnot und Mac Kinley, der Kaiserin von Oesterreich, dem Sennor Canovas und dem Russen Ssipjagin. Als die Sozialdemokraten im Reichstage gegen einige seiner Worte protestierten, erwiderte er **hochmütig,** daß er sich um ihre Unterbrechungen nicht kümmere, „in nationalen Dingen könnten die Sozialdemokraten nach seiner Ansicht einfach nicht mitreden.“ Und selbst das war noch nicht die **beleidigendste** jener Stellen, in denen er seiner **Verachtung und seinem Haß** Ausdruck gab, den er gegen sie hegt. Er ging noch weiter und sagte, es sei Sache der Regierung, und nicht etwa die fremder Nihilisten und ihrer Helfer und Freunde in der sozialdemokratischen Partei, zu bestimmen, was Ausländer in Deutschland tun dürfen und was nicht; er beschuldigte sie, einen Kampf mit Rußland herbeiführen zu wollen und Revolution und Krieg zu entfesseln. Freih. v. Richthofen hatte vorher auf ihre Beschwerden in einer Weise geantwortet, die selbst die gemäßigt liberale „Voss. Ztg.“ veranlaßte, ihn zu warnen, daß eine zweite derartige Rede Tausende neuer Rekruten der Sozialdemokratie zuführen würde. In dieser Woche war die Reihe an Herrn v. Einem, und er wandelte überzeugungstreu in den Fußstapfen seiner Kollegen.

Der Kriegsminister antwortete auf Herrn Bebels Versicherungen seiner Vaterlandsliebe in einer Art und Weise, **die den Eindruck einer absichtlichen Beschimpfung machte.** (Hier folgt eine kurze Wiedergabe der Einem'schen Rede.) In seiner Antwort an Dr. Müller, einen Liberalen, der die Zwangspensionierungen der Offiziere tadelte, schlug er einen so hochmütigen Ton an, daß er mit der Frage unterbrochen wurde, ob er in einer Kaserne zu sein glaube. Für Ausländer ist es sehr schwierig, die Absichten zu erraten, die die Regierung bei ihrer absichtlichen und systematischen Provozierung eines großen und mächtigen Teiles der deutschen Nation haben mag. Wenn es wahr ist, daß sie nicht hoffen darf, einen Krieg ohne die Sozialdemokraten führen zu können, so ist es zum wenigsten ebenso wahr, daß sie nicht hoffen darf, das Land friedlich und zufriedenstellend ohne sie zu regieren. [illegible] gedient wäre, oder irgend ein anderes Objekt, das auf die Länge der mannigfachen Gefahren und Verwickelungen wert wäre, die diese Politik unvermeidlich nach sich zieht. Ob es den Herren nun paßt, oder nicht: **die Sozialdemokraten bilden einen einflußreichen Bestandteil des nationalen Lebens. Man kann sie weder ignorieren noch unterdrücken. Ist es da klug, sie ohne Grund zu provozieren und zu beschimpfen?**

So urteilt über die deutschen Regierungskünstler ein Blatt, hinter dem die gescheiteste herrschende Klasse der Welt steht.

## Die Jesuiten

Das Abgeordnetenhaus hatte am Mittwoch wieder einmal eine interessante Sitzung. Der Kultusetat stand auf der Tagesordnung und es gab eine kirchenpolitische Debatte großen Stils. Auch der Ministerpräsident Graf Bülow war zur Sitzung erschienen und nahm zu einer längeren Rede das Wort. Es kam zu recht lebhaften und interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern der einzelnen Parteien. In der Hauptsache gab die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes und die vom preußischen Kultusminister verfügte Aufhebung von 6 Falckschen Erlassen, die u. a. den Schülern die Teilnahme an den Marianischen Kongregationen verboten hatten, den Beratungsstoff ab. Die Debatte wurde diesmal nicht, wie seit einer langen Reihe von Jahren, vom Zentrumsabgeordneten Dauzenberg, der nicht mehr dem Hause angehört, angeleitet, sondern von dem nationalliberalen Dr. Hackenberg, der wohl einer der besten und geistvollsten Redner im ganzen Hause ist und die Diskussion sofort auf das wünschenswert hohe Niveau hob. Herr Hackenberg erkannte an, daß die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes an sich verhältnismäßig unbedeutend sei und einem Wunsche der Reichstagsmehrheit entspreche. Er meinte aber, daß der ganze Kurs der Regierung in letzter Zeit ein unverkennbares Entgegenkommen an die Zentrumspartei darstelle und daß ein Zusammenhang mit der Zulassung der Marianischen Kongregationen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes symptomatische Bedeutung erhalte. Die Wiederzulassung der Marianischen Kongregationen tadelte Redner lebhaft aus pädagogischen und ethischen Gründen. Er meinte, man könne es ja verstehen, daß man eine große, ausschlaggebende politische Partei nicht unnötig erbittert. Aber das Entgegenkommen müsse auch eine Grenze haben und lieber sollte man auf ein paar Unteroffiziere mehr verzichten, als Eingriffe der katholischen Kirche in unsere idealsten und heiligsten Interessen der Volkserziehung und der Schule dulden.

Graf Bülow antwortete dem nationalliberalen Redner, dessen Ausführungen oft von stürmischem Beifall der ganzen Linken begleitet wurden, nicht sofort. Er hörte erst noch die Reden des Zentrumsabgeordneten Dr. Porsch und des konservativen Abgeordneten v. Heydebrand an. Herr Porsch nahm die beiden Geschenke von der Regierung dankbar entgegen, nicht zu dankbar, sondern nur so dankbar, wie man Abschlagszahlungen gegenüber zu sein braucht. Er stellte alles Entgegenkommen der Regierung nur als notwendige Akte ausgleichender Gerechtigkeit und Billigkeit hin und beklagte sich, daß Ausnahmegesetze gegen Katholiken so lange be[illegible]. Herr v. Heydebrand sprach diesmal nicht so versöhnlich wie sonst immer in den letzten Jahren. Die Konnivenz gegen den Ultramontanismus scheint selbst den konservativen Klerikalen zu weit gegangen zu sein. Er verlangte mehr Festigkeit im Regierungskurs und erklärte, daß seine Partei die Aufhebung des § 1 des Jesuitengesetzes nicht zugeben werde.

Der Ministerpräsident führte nun einen seiner nachgerade berühmt gewordenen Eiertänze auf seiner nicht minder berühmt gewordenen mittleren Linie auf. Er suchte sowohl die Angriffe von evangelischer wie von katholischer Seite als unbegründet hinzustellen. Vor allem bestritt er den Vorwurf der Do ut des-Politik. Er sprach von dem Gesetz zur Sicherung des Wahlgeheimnisses, von der Unterscheidung der Futter- und Malzgerste im Zolltarif, von der Berufung des Dr. Martin Spahn nach Straßburg und von der Errichtung der Straßburger katholisch-theologischen Fakultät. Er wollte diesen Dingen den Charakter von Kompensationsobjekten der Zentrumspolitik gegenüber absprechen. Niemand hatte vorher von diesen Dingen ge-

---

## Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton v. Perfall.

10]

(Nachdruck verboten.)

Johannes erhielt von der Forstbehörde ein amtliches Schreiben, nach welchem der völlige Abtrieb der kahlgefressenen Flächen noch diesen Sommer bewerkstelligt werden mußte, um weiterem Unheil vorzubeugen.

Johannes las es zweimal, dann hielt er sich die Brust mit beiden Händen, atmete schwer auf und rief nach Matthes.

Der kam ganz schüchtern herein, er wußte, daß ein Schreiben gekommen, was es enthielt, aber er wollte es sich nicht merken lassen.

„Da les.“ Der Bauer legte ihm das Schreiben vor.

Matthes wurde feuerrot. Einen Schrecken zu heucheln wagte er doch nicht vor dem prüfend auf ihm ruhenden Auge des Vaters.

„Ja, mein Gott, was is da z' mach'n, wenn das Forstamt befiehlt“, stotterte er. „Uebrigens von weg'n der Verwertung brauchst kein' Sorg' z' hab'n. 's Bergwerk und die Papierfabrik paff'n schon lang drauf.“

„So? 's Bergwerk und die Papierfabrik!“ wiederholte Johannes, in heftigem Zorn an seinem Schnurrbart kauend. „Und wenn s' mir's in Gold aufwieg'n, jeden Bam, sie kriag'n kein' Stamm, kein' Steck'n!“

Es war die letzte Aufwallung. Gewaltsam unterdrückte er sie, sich mit dem farbigen Sacktuch über das Gesicht fahrend.

„Du schreibst an Herrn Polentz, glei soll er komma. Der mir schnell aufraumt, der is ma der Liabste. Auf's Geld pfeif i! Wenn i daran denk, daß i's anrühr'n soll, graust ma schon.“

Er erhob sich gebückt. Dann warf er einen sonderbaren Blick auf Matthes. Es lag mehr bitteres Weh darin als Zorn.

„Dir graust's freili net davor. Geld! Geld! Das is ja Euer ganz Begehr, was a drüb'r zu Grund geht. — No ja“, er reckte sich gewaltsam auf. „All's hat a End auf der Welt. Schreib nur dem Polentz.“

Er ging langsam aus der Stube. Vor dem Hause blieb er stehen. Das Herz krampfte sich ihm zusammen, wie er so über die dürren Wipfel blickte, über das fahle Rot ringsum. Plötzlich zuckte er zusammen, hielt die Hand über die Augen und beugte sich weit vor.

Was war das, was da heraufblitzte mitten aus dem Walde? Er beugte sich rechts, er beugte sich links. Kein Zweifel, es war ein Fenster, in dem die untergehende Sonne ihr Lichtspiel trieb. Es gab aber nur ein Fenster im ganzen Wald, das Fenster der Holzerhütte.

Er trat wenige Schritte beiseite, da erblickte er auch den schwarzen Giebel. Der Anblick überwältigte ihn, er mußte sich auf die Bank setzen. In wenig Wochen steht kein Baum mehr zwischen der Hütten und dem Hof, und dann, dann kommt wirklich der Händler, von dem er damals gesprochen mit dem alten Grimm — da kann man es sehen, was für ein armseliges Ding ist um den menschlichen Stolz! Der Ferl war ihm zu schlecht gewesen für die Tochter des Bauern vom Wald. Aber in wenig Wochen gibt's ja kein' Bauer vom Wald mehr; nachher wär' ja der Ferl auch nimmer zu schlecht, der Sohn von dem einzigen Menschen, der mit ihm weinen wird um den schönen Wald.

Denselben Abend noch ging er zum Grimm und zeigte ihm das Schreiben von dem Forstamte. Dem schweigsamen Alten, der bis dahin mit stoischer Gelassenheit die Katastrophe über sich ergehen ließ, den auch der entsetzliche Gestank der Verwesung ringsum nicht vertreiben konnte, liefen jetzt die hellen Tränen über die tiefgefurchten Wangen.

„Und den Ferl laß komma, glei morg'n. Es gibt jetzt Arbeit g'rad genna für ihn, er muaß komma!“

Grimm sah mit offenem Munde auf seinen Herrn. Der wies mit dem Stecken gegen den Hof; zwischen den des Nadelwerkes beraubten Stämmen sah man ihn deutlich liegen auf der Höhe.

„Da schau hin! Bis in an Monat kommt's schon no besser.“

„Das soll heiß'n, Bauer?“ fragte Grimm mit zitternder Stimme.

„Das soll heiß'n, daß bis in an Monat kein' Bauern vom Wald mehr gibt, und — und daß für an Bauern ohne Wald Dei' Ferl grad guat gnua wär' als Tochtermann.“

Johannes reichte dem Alten tiefbewegt die Hand, die Lippen zuckten ihm verdächtig. Auch der knorrige Alte war ergriffen. Ein Lebensalter hindurch gewahrte Treue, die gemeinsame Liebe, die sie seit Jahrzehnten verband, brach durch in dieser arbeitsharten Brust.

„So schwör' i Dir dageg'n, so wahr unser Herrgott mir helf, und mein Buab'n — wir woll'n Dein'm Wald treu bleib'n, bis wir d' Aug'n schliaß'n und acht'n drauf, wia auf unser Seelenheil.“

„Mein Wald, sagst? I hab' ja kein' Wald mehr in an Monat, sag i Dir!“ erwiderte der Bauer.

„So, meinst, weil die alt'n Teufel da umanand nimmer steh'n? Und was is denn nachh'r das da?“ Er stieß mit dem krummen Fuß gegen den Boden. „Ruh'n de nur net a Dutzend solche Wälder? Geht das aus? Der Bod'n is der Wald und den könna kane Raup'n net freff'n, kein Wind verweh'n und kein Feuer verbrenna. — Also!“

Johannes sah den Alten betroffen an. Daran hatte er in seinem Gram nicht einmal gedacht. Einen Augenblick zuckte es auf in ihm wie Freude, doch rasch erstarb die augenblickliche Regung. Er schüttelte nur traurig den Kopf.

„Mei“, Grimm, wir erleb'n 's nimma und dena, die noch nach komma, wachs' d' Bam z' langsam. I dank Dir für den Trost, aber — laß den Ferl komma.“

Johannes ging, er konnte es nicht aushalten in der vergifteten Luft. Grimm aber schrieb auf dem Hackstock vor der Hütte mit zitternder Hand an seinen Sohn:

„Liaber Ferl! Kommen sollst, meint der Bauer, und zwar glei. Wir schau'n jetzt z'samm, der Hof und die Hütt'n. — Kennst Di aus? — I bin alt und z'sammg'arbeit und hab Di wol nöti, und do war's mir glei liab'r, i kriegt Di nimma z' seh'n, als das Unglück. Aber da bist g'rad a Muck'n geg'n so was. Unser Herrgott, der den Wald wachs'n laßt, kann an a wied'r nehma und umg'kehrt, ganz richti, so mein i, 's wird do no all's sein' Richtigkeit hab'n. Also schleun' Di, Bua, 's Rosl is alleweil no richti!
Dein alter Vater Grimm.“

Das war der längste Brief, den er je geschrieben, die Finger waren ihm stocksteif davon.

* * *

Bereits den nächsten Tag kam Herr Polentz. Er drückte dem Bauern nur schweigend die Hand und fuhr sich über die stets feuchten, glänzenden Augen. Gerade, als ob man eben einen teuren Toten hinausgetragen hätte aus dem Hause.

„Es ist hart, ich begreife es, aber nun in Gottes Namen! Verderben können wir es auch nicht lassen, das schöne Holz.“

Das waren seine Worte.

Johannes stand schon wieder in seinem Bann. So hatte die traurige Woche über keines seiner Familie zu ihm gesprochen. Als Polentz ihm aber seinen Begleiter, einen großen, korpulenten Mann als den Vertreter einer rheinischen Holzfirma vorstellte, der bereit sei, den ganzen Hieb aufzukaufen und sich die Sache gleich selbst anschauen wolle, da befiel Johannes etwas wie Uebelkeit. Er mußte sich überwinden, dem Manne die Hand zu reichen, der seinen ganzen Wald mit fortführen wollte, alle seine Bäume, mit denen er aufgewachsen war, von denen er jeden einzelnen kannte.

Dann ging es hinüber in den Wald zur Aufnahme des Bestandes. Grimm wurde geholt zum Hantieren mit der Meßkette und der Klamper, dem Instrumente zum Umfangmessen. Er hinkte heute mehr wie je und warf dem Händler wütende Blicke zu, wenn der ihn derb anließ, wie einen gewöhnlichen Arbeiter, während ihm das Herz blutete um jeden Stamm, der mit der Hacke angemerkt wurde.

Auch Johannes war auf das Aeußerste erregt, denn der unverschämte Mensch, der Fremde, gab sich alle Mühe, seinen Wald schlecht zu machen. Da war der Wuchs schlecht, dort alles kernfaul und gab nur Brennholz ab. Da stand es zu dick, da zu dünn, und der Boden war auch nicht viel wert. Als er aber zuletzt über die Wirtschaft zu schimpfen begann, der Wald hätte ja längst schon abgetrieben werden müssen, der Staat dürfe so eine Verschwendung gar nicht dulden, da brach der Bauer los und schrie sich all seinen Groll von der Seele.

(Fortsetzung folgt.)

**Gemeindevertreter-Wahlen.** In Rummelsburg fanden gestern die Wahlen für fünf Gemeindevertreter in der dritten Abteilung statt. Die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei wurden mit überwiegender Majorität gewählt. Es erhielten Zigarrenhändler John 524, Tischlermeister Gläser 526, Schankwirt Tempel 527, Glaubitz 199 und Ritter 188 Stimmen. Die Kandidaten der konservativen Partei erhielten überhaupt keine, diejenigen der liberalen Partei 4 bis 10 Stimmen.

**Von der Kolportage ausgeschlossen** ist der „Wahre Jakob" im Bezirke der Amtshauptmannschaft Annaberg in Sachsen. Einem Kolporteur in der Stadt Werdau, der sein Verzeichnis einrichte, wurde dies vom dortigen Stadtrat eröffnet. Die Amtshauptmannschaft nimmt also an, daß der „Wahre Jakob" in „sittlicher und religiöser Beziehung Aergernis zu geben geeignet ist".

**Der Kongreß der sozialdemokratischen Partei Belgiens** findet zu Ostern (3. und 4. April) im Maison du Peuple zu Brüssel statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Die Berichte des Parteivorstandes, der Fraktion, der Gewerkschafts-Kommission (General-Kommission), des Genossenschafts-Verbandes, der jungen sozialistischen Garde und des Verbandes der sozialistischen Gemeinde-Vertreter. Sodann folgt das Proportional-Wahlsystem. Zu diesem Punkte liegt ein Antrag der Sozialisten von Mons vor, der die Streichung dieses Punktes aus dem sozialistischen Programm fordert. Es folgen dann noch die Provinzial- und Deputierten-Wahlen, der 1. Mai und der Amsterdamer Kongreß.

## Arbeiterbewegung.

**Die Einigungsverhandlungen** zwischen den beiden auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden gewerkschaftlichen Richtungen haben leider ein negatives Resultat gehabt. Bekanntlich hat der Parteivorstand die Vertreter beider Richtungen veranlaßt, über die Einigungsfrage mit einander zu verhandeln. Zu diesem Zweck fand am 22. März 1903 eine Sitzung statt, an der außer dem Parteivorstand Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission (Zentralverbände) und des Gewerkschaftskartells (Freie Vereinigung, früher lokale Organisation) teilnahmen. Die vorherrschende Ansicht in dieser Sitzung war die, daß die Einigung nicht in der Form eines losen Kartellverhältnisses, sondern als dauernde Verschmelzung beider Richtungen zu stande kommen solle. In dieser Hinsicht waren die Vertreter des Gewerkschaftskartells geteilter Meinung, während die Mitglieder des Parteivorstandes sowie der Vertreter der Gewerkschaftskommission sich dahin aussprachen, daß die Zentralisation, der Zusammenschluß der Organisationen beider Richtungen, das Ziel der Einigung sein müsse. Die damalige Sitzung endete damit, daß den Vertretern des Gewerkschaftskartells aufgegeben wurde, sich mit ihren Organisationen darüber zu verständigen, ob sie die Verhandlungen mit dem Ziele, eine einheitliche Organisation zu bilden, weiterführen wollten. Eventuell sollte dann der Parteivorstand eine neue Sitzung einberufen. Die Bereitwilligkeit, weiter zu verhandeln, haben die Vertreter der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften später erklärt. In der Zwischenzeit hat auch die Gesamtvertretung der lokalistischen Richtung, nämlich der im September 1903 abgehaltene Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, zu den schwebenden Einigungsverhandlungen Stellung genommen und eine Resolution beschlossen, die allerdings nicht geeignet war, die Vereinigung zu erleichtern. Die Vertreter der freien Vereinigung erklärten, daß sie an die von ihrem Kongreß angenommene Resolution gebunden seien. Einzelne Redner dieser Richtung bemerkten, wenn sie selbst den Uebertritt befürworten würden, so wüßten sie doch, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder unter keinen Umständen mitmachen würde. Es gebe auch ganze Organisationen auf ihrer Seite, die in keinen Verband eintreten könnten. Man müsse es der Zeit überlassen, die vorhandenen Gegensätze zu beseitigen. Andererseits ergab die Diskussion, daß in einzelnen Organisationen der lokalistischen Richtung, namentlich bei den Maurern, eine starke Strömung vorhanden ist, die die Verschmelzung mit dem Verbande herbeisehnt. Da eine allgemeine Einigung nach Lage der Sache nicht möglich war, so wurde, nachdem die Diskussion dreiviertel Stunden gewährt hatte, ein Antrag auf Schluß der Verhandlung angenommen.

**Einen erfreulichen Wahlsieg** erfochten am Sonntag die freien Gewerkschaften bei den Gewerbegerichtswahlen in Offenburg. Sie siegten mit durchschnittlich 350 Stimmen über den Vorschlag des katholischen Arbeitervereins, auf den nur 150 Stimmen abgegeben wurden. Für das Zentrum, das in Offenburg nachgerade etwas übermütig zu werden begann, bedeutet dieses Ergebnis eine bedenkliche Schlappe.

**Der schweizerische Gewerkschaftsbund** zählt nach seinem so eben für 1902/03 erschienenen Tätigkeitsbericht 25,975 Mitglieder, die sich auf 31 Verbände und 48 einzelne Gewerkschaften wie auf die Arbeitskammer des Kantons Tessin verteilen. In den beiden Berichtsjahren kamen insgesamt 145 — 1902: 78, 1903: 67 Konfliktsfälle vor, wovon 104 Lohn- und 41 Streikbewegungen waren. 60 Fälle endeten mit vollem, 38 mit teilweisem Erfolg, während 47 Fälle zu Ungunsten der Arbeiter verliefen. An Unterstützungen der Streikenden und Gemaßregelten wurden 27,077 73 Franken aus der Kasse des Gewerkschaftsbundes geleistet. Die Gesamteinnahmen desselben in den beiden Berichtsjahren betrugen 63,041 Franken, der Vermögensbestand Ende 1903 betrug 20,096 Franken, wovon 5835 Franken in der Streikkasse sind. Die „Arbeiterstimme" zählt eine Auflage von 3764 Exemplaren.

## Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 16. März 1904.

* **Neue Lasten für die Stadt Breslau** bringt, wie wir s. Zt. bei ihrer Besprechung hervorhoben, die Hochwasservorlage, die dem Landtage unterbreitet werden soll und vorläufig vom Brandenburgischen Provinziallandtag vorberaten worden ist. Am 23. März soll auch der Schlesische Provinzial-Landtag sich mit der Vorlage beschäftigen.

Bekanntlich sagt der Gesetzentwurf u. a. im § 7:

„Für die Regelung der Vorflutverhältnisse bei Breslau haben die beteiligten Verbände und Korporationen 3,200,000 Mark aufzubringen. Ueber die Verteilung dieses Betrages unter die einzelnen Verbände beschließt auf Antrag des Regierungspräsidenten der Bezirksausschuß; die Frist zur Einlegung der Beschwerde gegen den Beschluß beträgt vier Wochen."

Diese Bestimmung bekämpft der Breslauer Magistrat mit großer Entschiedenheit. In einer der Stadtverordneten-Versammlung zugegangenen dringlichen Vorlage beantragt er, daß beide städtische Körperschaften gemeinsam beim Provinzial-Landtage die Streichung dieses Absatzes erbitten, auch die gleiche Bitte an die Staatsregierung und an den Landtag der Monarchie richten. In der Begründung dieses Antrages heißt es:

„Während sonst die Höhe der Beiträge, welche nach dem Gesetzentwurf von öffentlichen Verbänden und Korporationen aufzubringen seien, künftiger Feststellung vorbehalten und dafür die Zustimmung des Provinzialausschusses vorgeschrieben wird, wird für die Regelung der Vorflutverhältnisse bei Breslau die Höhe des von den beteiligten Verbänden und Korporationen aufzubringenden Beitrages vorweg gesetzlich und endgiltig auf 3,200,000 Mk. festgesetzt. Nur für die Verteilung dieses Betrages unter die einzelnen Verbände ist ein weiteres Verfahren vorgesehen, und zwar nicht ein Rechtsverfahren, sondern das Verwaltungs-Beschlußverfahren durch Bezirksausschuß und eventuell Provinzialrat.

„Welches die Korporationen seien, die bei dem Beitrag von 3,200,000 Mark beteiligt sein sollen, sagt der Gesetzentwurf nicht. Er läßt in keiner Weise erkennen, wie weit sich die „Regelung der Vorflutverhältnisse bei Breslau" erstrecken soll, und ob unter den interessierten Korporationen „bei Breslau" nur die Stadt mit ihren Vororten verstanden sein soll, oder das ganze Gebiet von Ohlau bis zur Weidemündung.

„Ebenso wenig wie der Kreis der Interessenten, von denen die 3,200,000 Mk. erfordert werden sollen, wird aus dem Gesetze erkennbar, zu welchen Schutzmaßregeln (Bauten usw.) dieser gewaltige Beitrag eigentlich geleistet werden soll, und völlig unklar bleibt endlich auch, welches die Vorteile der Verbände und Korporationen" sein sollen, die den Beitrag rechtfertigen sollen.

„Die Begründung des Gesetzes sagt nur, daß der festgesetzte Beitrag auf sorgfältigen Einzelermittelungen beruhe, bei denen sowohl die Höhe, als auch die Leistungsfähigkeit der Beteiligten zur Uebernahme dieser Summe genau geprüft worden sei."

Diese „Schätzung" ist dem Magistrat unbekannt. Er nimmt aber an, daß sie zurückgeht auf Verhandlungen der Strombaubehörden, zu denen der Magistrat zugezogen worden war und in denen Vorteile im Betrage von rund — 6,411,000 Mk. für das Stadtgebiet und die zur Stadt zu zählenden Vororte (Morgenau, Pirscham, Schwentnig, Varteln-Scheitnig) herausgerechnet würden. Nach Ansicht des Magistrats würde ein genügender Schutz für die Stadt Breslau zu erlangen sein, wenn für Deicherhöhungen und -Verstärkungen aufgewendet wurden: 160,000 Mk. beim Varteln-Scheitniger Deichverbande, 360,000 Mk. beim Odervorstädtischen Deiche und etwa 40,000 Mk. zur Eindeichung der äußeren Ohlauer Vorstadt. Die Begründung der Magistratsvorlage schließt:

„So sehr wir nun anerkennen, daß der Hochwasserschutz der Stadt einschneidende Maßregeln erfordert, so bereit wir sind, die Königl. Staatsregierung bei ihren dahin gerichteten Maßregeln zu unterstützen und so entschlossen wir sind, auch große Kosten aufzuwenden, wenn uns selbst das Recht und damit auch die Pflicht verliehen wird, die Stadt zu schützen, so müssen wir doch den § 7 letzter Absatz des jetzt vorgelegten Gesetzentwurfes als eine Maßregel bezeichnen, die unserer Stadt zu gerechter Beschwerde Anlaß bietet.

„Wir können die uns bekannt gewordenen Schätzungen der für unsere Stadt erhofften Vorteile — wie sie doch augenscheinlich dem Gesetzentwurf zugrunde liegen — in keiner Weise als richtig anerkennen, und es widerspricht den Grundsätzen des öffentlichen Rechts, daß auf Grund solcher unkontrollierbarer Schätzungen ein nach dem Belieben der Behörde zu bestimmender Kreis von Verbänden und Korporationen zur Zahlung eines so hohen Geldbetrages gesetzlich verpflichtet werden soll.

„Es ist keinerlei Grund abzusehen, warum im Gesetze gerade unsere Stadt eine solche ausnahmsweise Behandlung erfahren und ihr die Rechtskontrollen genommen werden sollen, die den übrigen Interessenten des Oderstromes im Gesetze bestimmt werden."

Der Magistrat fühlt sich dann veranlaßt, einen Bericht vom August v. J. wieder der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, in welchem er die Finanzlage der Stadt in den trübsten Farben schildert. Auch darin giebt der Magistrat dem Bedauern Ausdruck über die ungeheuerliche Belastung, die der Stadt durch staatliche Maßnahmen erwachsen ist und jetzt schon 20 Millionen Mark beträgt. Jedenfalls dürfte diese dringliche Vorlage einmal Gelegenheit geben, das Selbstverwaltungsrecht mit aller Entschiedenheit zu wahren. Allerdings, unser Oberbürgermeister versicherte noch bei der Etatsdebatte, daß der Magistrat sich als Behörde völlig mit dem Staate solidarisch fühle. Und unter solchen Umständen dürfte ein wirksamer Kampf kaum zu stande kommen.

* **Die Wahlen zum Gewerbegerichte** finden am Mittwoch, den 13. April, statt und zwar für die Arbeitnehmer Abends von 5—8 Uhr. Wahlberechtigt sind nur diejenigen Personen, deren Aufnahme in die Wählerliste beantragt und nicht abgelehnt ist. Jeder dieser Wähler erhält vom Magistrat eine Karte, welche die Aufnahme in der Wählerliste bestätigt. Auf dieser Benachrichtigungskarte ist die Nummer der Liste und der Bezirk, zu welchem der Wähler gehört, angegeben. Diese Karte ist also von besonderer Wichtigkeit und deshalb aufzuheben. Jeder Arbeiter wählt in dem Bezirk, in welchem er zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten gewohnt hat, oder, falls er auswärts wohnt, in dem Bezirk, wo er zu jener Zeit in Arbeit gestanden hat. Auf jeden Fall merke man sich die Nummer des Wahlbezirks genau, die auf oben erwähnter Benachrichtigung angegeben ist. Wir lassen hier die Wahllokale folgen:

**Wahlbezirk Nr. 1:** Schulhaus Nikolaistraße 63, Erdgeschoß rechts.

**Wahlbezirk Nr. 2:** Sitzungszimmer I, Rathaus, Erdgeschoß.

**Wahlbezirk Nr. 3:** Klassenzimmer 3 der evg. Volksschule 26, Kirchstraße Nr. 13.

**Wahlbezirk Nr. 4:** Für diejenigen Wähler, deren Namen die Anfangsbuchstaben A—L tragen: Klasse 5 der kath. Volksschule XLI Posenerstraße 12/20, Erdgeschoß, für die übrigen Wähler (M—Z): Klasse 6, ebendaselbst.

**Wahlbezirk Nr. 5:** Klasse 6 der evang. Volksschule 58, Posenerstr. Nr. 12/20, Hintergebäude.

**Wahlbezirk Nr. 6:** Klassenzimmer 1 der evgl. Volksschule 50, Neue Antonienstr. 22.

**Wahlbezirk Nr. 7:** Klasse 2b der evang. Volksschule 34, Trinitasstr. 9/11 hochpart. rechts.

**Wahlbezirk Nr. 8:** Klasse 3 der kathol. Volksschule XLIII, Matthiasstr. 112, Erdgeschoß.

**Wahlbezirk Nr. 9:** Turnhalle des Schulhauses Sadowastr. 71, Hof Erdgeschoß.

**Wahlbezirk Nr. 10:** Klasse 6 der kath. Volksschule XVIII, Lohestr. Nr. 22, Erdgeschoß.

**Wahlbezirk Nr. 11:** Zimmer 1 des Schulhauses Löschstr. 22, Erdgeschoß.

**Wahlbezirk Nr. 12:** Klasse 5 der evang. Volksschule 21, Tauentzienstr. 58, Erdgeschoß.

**Wahlbezirk Nr. 13:** Klasse 4 der kath. Volksschule XXX, Brüderstr. 3b, Erdgeschoß.

**Wahlbezirk Nr. 14:** Klasse 3 der kath. Volksschule XIV, Schulgasse Nr. 24/25, Erdgeschoß.

**Wahlbezirk Nr. 15:** Klasse 6 der kath. Volksschule VI, Kreuzstraße Nr. 17/25, Erdgeschoß.

**Wahlbezirk Nr. 16:** Turnhalle des Schulhauses Paulinenstraße Nr. 14, im Hofe links.

**Wahlbezirk Nr. 17:** Zimmer 10 der kath. Volksschule XIX, Magazinstr. Nr. 2/10, Erdgeschoß.

* **Eine Bausperre** wurde kürzlich über den Neubau von Gottschalk, Bohrauerstraße 50, verhängt, weil der Bauherr nicht den Steinträgern die verlangten 1.70 Mark Akkordpreis zahlen, sondern ihnen nur 1.60 Mark, später 1.65 Mark bewilligen wollte. Eine Anzahl Steinträger, die Mitglieder des Verbandes der Bauhilfsarbeiter sind, legten darauf die Arbeit nieder. Für organisierte Bauhilfsarbeiter wurde der Bau gesperrt. Durch Beschluß der beteiligten Maurer erklärten sich diese mit den Hilfsarbeitern solidarisch und 18 Maurer stellten die Arbeit ein. Nach einer längeren Rücksprache, die der Beamte des Maurerverbandes, Wildera, mit dem Baumeister hatte, wurde endlich die Forderung der Steinträger bewilligt. Vorher hatte man vergeblich versucht, deren Arbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen. An die Stelle von 8 ausständigen Steinträgern waren unorganisierte Arbeiter getreten, doch haben diese, als sie die Einigkeit der Kollegen und vor allem die solidarische Haltung der Maurer sahen, sich bereit erklärt, dem Verbande beizutreten.

* **An alle Eltern!** Mit diesem Frühjahr hat unsere Volkswacht-Buchhandlung eine sehr wesentliche Neuerung getroffen. Sie hat in Anbetracht der großen Nachfrage sich entschlossen, von jetzt ab

**sämtliche Schulbücher**

in unserer Buchhandlung zu führen, so daß den Genossen Gelegenheit geboten ist, zu Ostern ihren Bedarf an Schulbüchern bei ihr zu decken. Die Bücher werden ebenso billig abgegeben, wie in anderen Buchhandlungen, und besteht noch die besondere Bequemlichkeit, daß die Volkswacht-Abonnenten ihre Bestellungen auch den Kolporteuren mitgeben können. Wir empfehlen allen Eltern, die jetzt zu Ostern die großen Schulbücherbestellungen aufgeben müssen, die Volkswacht-Buchhandlung zu berücksichtigen.

* **Gewerbegericht.** Die Bauarbeiter Mantke, Tonde und Trödder klagten wider den Bauunternehmer Zierbock auf 32.52 Mark Restlohn. Dieselben waren auf dem Neubau Bohrauerstraße 46a als Kalkträger beschäftigt gewesen und war für das Zutragen des Mörtels zum Vermauern von 1000 Stück Ziegeln vereinbart worden im 1. Stock 1.60 Mk., im 2. 2.20 Mk., im 3. 2.80 Mk., im 4. 3.40 Mk. und im Dachgeschoß 4 Mk. Infolge eingetretenen Frostwetters kam die Bautätigkeit ins Stocken und nach Wiederaufnahme der Arbeit trugen die Genannten nach dem 3. Stock noch Kalk für 2300 Stück Ziegeln, nach dem 4. Stock zu 2700 und nach dem Dachgeschoß zu 12,000. Der Lohn hierfür hätte 63.62 Mk. betragen sollen. Das war dem Unternehmer aber wahrscheinlich zu viel und da er die Arbeiter am folgenden Tage beim Kellerwölben beschäftigte, so setzte er ein Stundenlohn von 50 Pf. fest und berechnete auch die geleistete Akkordarbeit nach diesem Stundenlohne, sodaß er bei der Lohnzahlung anstatt 75.12 Mk. nur 42.60 Mk. zur Auszahlung brachte. Vor dem Gewerbegericht behauptete Zierbock nunmehr, die Arbeit im Stundenlohn vergeben zu haben, es habe sich nicht mehr gelohnt, nach Eintritt des Frostwetters die Arbeit in einem neuen Akkord zu vergeben. Auch hätte er die Arbeiten im Keller für 35 Pf. pro Stunde haben können, welcher Lohnsatz für Bauarbeiter üblich sei und der Umstand, daß er 50 Pf. pro Stunde berechnete, beweise doch, daß der Akkord durch Zeitlohn abgelöst worden sei. Es komme ferner in Betracht, daß vorher auf dem Bau sechs Kalkträger beschäftigt waren und nun die drei die Arbeit in der kurzen Zeit doch nicht allein bewältigt haben könnten, es sei doch nicht möglich, daß ein Arbeiter 10 Mk. am Tage verdiene. (Die Arbeiter hatten während zwei Tagen nämlich geradezu eine Riesenarbeit vollbracht, wie sie auf längere Zeit nicht möglich wäre.) Zierbock behauptete dann ferner, sie hätten sich von anderen Arbeitern, die auf Stunde arbeiteten, helfen lassen, auch an einen Maurer, der, weil es an Mörtel auf dem Bau gefehlt habe, solchen allein getragen habe, hätte er dafür 50 Pf. vergütet. Weiter seien auch 3000 Stück Ziegeln weniger vermauert worden usw. Das Gericht erblickte in der Tätigkeit der Kläger eine Fortsetzung der früheren Akkordarbeit, da beim Wiedereintritt der Beschäftigung etwas anderes nicht vereinbart wurde. Es kam schließlich eine Einigung zu stande, nach welcher der Beklagte noch 24 Mk. an die Kläger zahlte.

* **„Bedingt Taugliche" im Heere.** Eine wichtige Aenderung der Heeresordnung hat das preußische Kriegsministerium vorgenommen. Während bisher in der Armee, sei es zum Dienste mit oder ohne Waffen, nur solche Leute eingestellt wurden, bei denen kleine oder nur ganz geringe körperliche Fehler vorhanden waren, können von jetzt ab zum aktiven Dienst ohne Waffe — wie wir in der „Nat.-Ztg." lesen — auch solche Leute ausgehoben werden, die bislang als nur „bedingt tauglich" der Reserve überwiesen werden mußten. Die bedingt Tauglichen können als Krankenwärter oder als Oekonomiehandwerker ausgehoben werden. Da zum Dienst ohne Waffen keine bestimmte Körpergröße vorgeschrieben ist, können natürlich auch alle jene Leute hierzu, wie bislang schon, herangezogen werden, die wegen „Mindermaß" (unter 1,54 m) zur Aushebung zum aktiven Dienst mit der Waffe nicht geeignet sind.

* **Der morgige Donnerstag,** der 17. März, ist nach Falb ein kritischer Tag erster Ordnung „mit Verschärfung". An diesem Tage haben wir Neumond.

* **Falsch abgesprungen.** Am 14. d. Mts., Vormittags, sprang auf dem Lessingplatz eine Tischlerfrau von einem Straßenbahnwagen während der Fahrt ab. Da sie dies außerdem auch noch entgegen der Fahrrichtung tat, kam sie zu Fall und verletzte sich erheblich am Kopf, sodaß sie besinnungslos liegen blieb. In der Unfallstation des St. Josephs-Krankenhauses wurde ihr sofort Hilfe geleistet.

* **Hilflos.** In der Nacht zum 15. d. Mts. wurde eine Arbeiterin auf der Weißenburgerstraße in hilflosem Zustande aufgefunden. Da ihr Ableben befürchtet wurde, wurde sie alsbald der Königlichen Klinik zugeführt.

* **Vermißt** wird seit dem 12. d. Mts. der 14¾ Jahre alte Theatermalerlehrling Walter Häusel, dessen Eltern Malergasse 26 wohnen. Er ist mit dunklem Jackettanzug, schwarzem, weichem Hut, grauem Ueberzieher und Schnürschuhen bekleidet.

* **Diebstähle.** Einem Maurer wurde in der Nacht zum 14. d. Mts. auf der Adalbertstraße durch einen unbekannten Mann eine silberne Zylinderuhr mit Nickelkette geraubt. — Von einem Wagen wurde eine dunkelgraue Pferdedecke, gezeichnet G. H. H., gestohlen.

* **Gestohlen** wurden einem Werkmeister eine goldene Uhrkette nebst Medaillon, aus einer Wohnung auf der Kleinen Groschengasse zwei Bettdecken, ein Bettbezug, drei Handtücher und fünf Kragen, sowie einem Buchhalter Nachts auf der Tauentzienstraße ein Stock mit silbernem Griff.

* **Festgenommen** wurde ein Arbeiter, der in die Wohnung seines Bruders auf der Michaelisstraße einen Einbruch verübt und Geld sowie Wertsachen gestohlen hatte.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 14. d. Mts. 33 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Paket mit Kammkästen, ein Stück schwarzer Sammet mit silberner Stickerei, ein Zwanzigmarkstück, ein Hundehalsband, ein graues Umschlagetuch und eine kleine Brosche. — Abhanden kamen: ein Opernglas mit Etui, ein Paar schwarze Glacéhandschuhe, eine Hirschfängerscheide, ein goldener Manschettenknopf, ein Zehnmarkstück und ein goldener Kettenring.

---

* **Stadt-Theater.** Mozarts große Oper „Die Zauberflöte" gelangt heute, Mittwoch, zur Aufführung. Morgen, Donnerstag, findet die Hundertjahrfeier von Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell" statt. Den Abend eröffnet ein von Carl Biberfeld verfaßter Prolog. Freitag, den 18. d. M., wird die Königliche Sängerin Frau Marie Goetze ein einmaliges Gastspiel absolvieren. Die Künstlerin wird die Dalila in „Samson und Dalila" singen. Es gelten die üblichen Preise. Sonnabend findet die erste Aufführung von Siegfried Wagners Oper „Der Kobold" statt.

* **Lobe-Theater.** Heute, Mittwoch, wird Beyerleins packendes Drama „Zapfenstreich" zum 39. Male gegeben. Das Werk übt seine Anziehungskraft noch unvermindert aus. Morgen, Donnerstag, geht Léhars melodiöse Operette „Der Rastelbinder", die bisher vor vollen Häusern lauteste Heiterkeit und großen Beifall erregte, in Szene. Freitag wird Hermann Bahrs interessante Komödie „Der Meister", die mit großem Erfolge aufgenommen wurde, zum 3. Male aufgeführt. Sonnabend findet eine Wiederholung von „Zapfenstreich" statt.

Die „Volkswacht" erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Telephon Nr. 1206.

Nr. 65. Donnerstag, den 17. März 1904. 15. Jahrgang.

## Ein auswärtiges Urteil über deutsche Regierungskünste.

Die Reichstags-Debatten über den Militär-Etat haben auch im Auslande die regste Aufmerksamkeit erregt, und speziell die Erklärung Bebels, daß jeder Sozialdemokrat bis zum letzten Atemzuge den deutschen Boden gegen fremde Eindringliche verteidigen würde, hat geradezu Sensation gemacht. Man kannte im Auslande die deutsche Sozialdemokratie eben nur nach den Schilderungen, die von bürgerlicher Seite, und nicht zuletzt vom Bundesratstische aus, von ihr entworfen wurden, wonach die Partei bekanntlich nur darauf lauert, um mit einem auswärtigen Feinde gemeinsame Sache zum Untergange Deutschlands zu machen. In einem sehr bemerkenswerten Leitartikel geben nun die „Times" den Eindruck wieder, den diese Debatten und speziell das Benehmen der deutschen Regierungsvertreter in England gemacht haben. Das Blatt schreibt:

Die Debatten über den Militäretat, mit denen der deutsche Reichstag gerade beschäftigt ist, zeichnen sich durch denselben **schroffen und provokatorischen Ton** von Seiten der Regierung gegen die Sozialdemokraten aus, den die Minister ostentativ während der Debatten über das Treiben der russischen Polizei in Deutschland anschlugen. Der Kriegsminister, General von Einem, verschmäht ebenso wie Graf Bülow oder Freih. von Richthofen jeden Versuch, sich mit einer Partei zu versöhnen, die bei den letzten Wahlen eine weit größere Zahl deutscher Staatsbürger hinter sich hatte, wie irgend eine andere politische Gruppe . . . **Die Minister behandeln die Sozialdemokraten einhellig als unversöhnliche Staatsfeinde und halten es, wie es scheint, für eine gute Politik und Taktik, sie der allgemeinen Verwünschung und Verachtung auszusetzen.** Das war geradezu sinnfällig in den bereits erwähnten Debatten über die russische Polizei. Aber selbst die **höhnischen Schmähungen** und die übermütig aggressive Sprache des Reichskanzlers in diesen Debatten bewiesen die wohlerwogene Absicht der Regierung, **diese drei Millionen deutscher Wähler als ebenso viele Verworfene zu behandeln**, nicht so deutlich, wie es die Antwort des Kriegsministers von Einem tat auf die Versicherungen deutscher Vaterlandsliebe, die die Herren Bebel und Singer in den letzten Tagen im Namen ihrer Partei abgaben.

Auswärtige Zuhörer würden glauben, daß es jetzt für den Sprecher der Regierung ganz klar gewesen wäre, was er zu sagen hätte. **Man würde dieses Bekenntnis zur Vaterlandsliebe von dem Führer einer großen und wachsenden Partei, deren Treue und Patriotismus ja geradezu angezweifelt wurde, eifrig willkommen heißen; so sollte man annehmen.** Selbst wenn man auf Seiten der Regierung nicht volles Vertrauen in die sozialistischen Erklärungen setzen sollte, so müßte man sich — nach der Vorstellung eines ausländischen Beobachters — doch beeilen, von den Worten des sozialistischen Führers Notiz zu nehmen und ihn wie seine Parteigenossen daraufhin festnageln.

Graf Bülow behandelte die Sozialdemokraten in der Debatte über die russische Polizei so, als wären sie die bewußten oder unbewußten Helfershelfer der russischen „Anarchisten", die er als Fanatiker hinstellte, deren politisches Glaubensbekenntnis Terrorismus und Mord sei, und die natürlichen Feinde aller zivilisierten Staaten wären. Die Regierung von Deutschland beabsichtige, so erklärte er, sich mit anderen Staaten zu verbinden, um den Anarchismus zu zerschmettern, und als Beispiele anarchistischer Verbrechen nannte er die Morde an den französischen Präsidenten Carnot und Mac Kinley, der Kaiserin von Oesterreich, dem Sennor Canovas und dem Russen Sipjagin. Als die Sozialdemokraten im Reichstage gegen einige seiner Worte protestierten, erwiderte er **hochmütig**, daß er sich um ihre Unterbrechungen nicht kümmere, „in nationalen Dingen könnten die Sozialdemokraten nach seiner Ansicht einfach nicht mitreden." Und selbst das war noch nicht die **Beleidigendste** jener Stellen, in denen er seiner **Verachtung und seinem Haß** Ausdruck gab, den er gegen sie hegt. Er ging noch weiter und sagte, es sei Sache der Regierung, und nicht etwa die fremder Nihilisten und ihrer Helfer und Freunde in der sozialdemokratischen Partei, zu bestimmen, was Ausländer in Deutschland tun dürfen und was nicht; er beschuldigte sie, einen Kampf mit Rußland herbeiführen zu wollen und Revolution und Krieg zu entfesseln. Freih. v. Richthofen hatte vorher auf ihre Beschwerden in einer Weise geantwortet, die selbst die gemäßigt liberale „Voss. Ztg." veranlaßte, ihn zu warnen, daß eine zweite derartige Rede Tausende neuer Rekruten der Sozialdemokratie zuführen würde. In dieser Woche war die Reihe an Herrn v. Einem, und er wandelte überzeugungstreu in den Fußtapfen seiner Kollegen.

Der Kriegsminister antwortete auf Herrn Bebels Versicherungen seiner Vaterlandsliebe in einer Art und Weise, **die den Eindruck einer absichtlichen Beschimpfung machte.** (Hier folgt eine kurze Wiedergabe der Einem'schen Rede.) In seiner Antwort an Dr. Müller, einen Liberalen, der die Zwangspensionierungen der Offiziere tadelte, schlug er einen so hochmütigen Ton an, daß er mit der Frage unterbrochen wurde, ob er in einer Kaserne zu sein glaube. Für Ausländer ist es sehr schwierig, die Absichten zu erraten, die die Regierung bei ihrer absichtlichen und systematischen Provozierung eines großen und mächtigen Teiles der deutschen Nation haben mag. Wenn es wahr ist, daß sie nicht hoffen darf, einen Krieg ohne die Sozialdemokraten führen zu können, so ist es zum wenigsten ebenso wahr, daß sie nicht hoffen darf, das Land friedlich und zufriedenstellend ohne sie zu regieren. Wir können kein innerpolitisches Ziel bauen, dem mit einer derartigen Politik gedient wäre, oder irgend ein anderes Objekt, das auf die Länge der mannigfachen Gefahren und Verwickelungen wert wäre, die diese Politik unvermeidlich nach sich zieht. Ob es den Herren nun paßt, oder nicht: **die Sozialdemokraten bilden einen einflußreichen Bestandteil des nationalen Lebens. Man kann sie weder ignorieren noch unterdrücken. Ist es da klug, sie ohne Grund zu provozieren und zu beschimpfen?**

So urteilt über die deutschen Regierungskünstler ein Blatt, hinter dem die gescheiteste herrschende Klasse der Welt steht.

## Die Jesuiten

Das Abgeordnetenhaus hatte am Mittwoch wieder einmal eine interessante Sitzung. Der Kultusetat stand auf der Tagesordnung und es gab eine kirchenpolitische Debatte großen Stils. Auch der Ministerpräsident Graf Bülow war zur Sitzung erschienen und nahm zu einer längeren Rede das Wort. Es kam zu recht lebhaften und interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern der einzelnen Parteien. In der Hauptsache gab die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes und die vom preußischen Kultusminister verfügte Aufhebung von 6 Falckschen Erlassen, die u. a. den Schülern die Teilnahme an den Marianischen Kongregationen verboten hatten, den Beratungsstoff ab. Die Debatte wurde diesmal nicht, wie seit einer langen Reihe von Jahren, vom Zentrumsabgeordneten Danzenberg, der nicht mehr dem Hause angehört, angeleitet, sondern von dem nationalliberalen Dr. Hackenberg, der wohl einer der besten und geistvollsten Redner im ganzen Hause ist und die Diskussion sofort auf das wünschenswert hohe Niveau hob. Herr Hackenberg erkannte an, daß die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes an sich verhältnismäßig unbedeutend sei und einem Wunsche der Reichstagsmehrheit entspreche. Er meinte aber, daß der ganze Kurs der Regierung in letzter Zeit ein unverkennbares Entgegenkommen an die Zentrumspartei darstelle und daß ein Zusammenhang mit der Zulassung der Marianischen Kongregationen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes symptomatische Bedeutung erhalte. Die Wiederzulassung der Marianischen Kongregationen tadelte Redner lebhaft aus pädagogischen und ethischen Gründen. Er meinte, man könne es ja verstehen, daß man eine große, ausschlaggebende politische Partei nicht unnötig erbittert. Aber das Entgegenkommen müsse auch eine Grenze haben und lieber sollte man auf ein paar Unteroffiziere mehr verzichten, als Eingriffe der katholischen Kirche in unsere idealsten und heiligsten Interessen der Volkserziehung und der Schule dulden.

Graf Bülow antwortete dem nationalliberalen Redner, dessen Ausführungen oft von stürmischem Beifall der ganzen Linken begleitet wurden, nicht sofort. Er hörte erst noch die Reden des Zentrumsabgeordneten Dr. Porsch und des konservativen Abgeordneten v. Heydebrand an. Herr Porsch nahm die beiden Geschenke von der Regierung dankbar entgegen, nicht zu dankbar, sondern nur so dankbar, wie man Abschlagszahlungen gegenüber zu sein braucht. Er stellte alles Entgegenkommen der Regierung nur als notwendige Akte ausgleichender Gerechtigkeit und Billigkeit hin und beklagte sich, daß Ausnahmegesetze gegen Katholiken so lange bestanden haben und noch beständen, wie sie Deutschland gegen Sozialdemokraten und Anarchisten nicht kennt. Herr v. Heydebrand sprach diesmal nicht so versöhnlich wie sonst immer in den letzten Jahren. Die Konnivenz gegen den Ultramontanismus scheint selbst den konservativen Klerikalen zu weit gegangen zu sein. Er verlangte mehr Festigkeit im Regierungskurs und erklärte, daß seine Partei die Aufhebung des § 1 des Jesuitengesetzes nicht zugeben werde.

Der Ministerpräsident führte nun einen seiner nachgerade berühmt gewordenen Eiertänze auf seiner nicht minder berühmt gewordenen mittleren Linie auf. Er suchte sowohl die Angriffe von evangelischer wie von katholischer Seite als unbegründet hinzustellen. Vor allem bestritt er den Vorwurf der Doppelzüngigkeit. Er sprach von dem Gesetz zur Sicherung des Wahlgeheimnisses, von der Unterscheidung der Futter- und Malzgerste im Zolltarif, von der Berufung des Dr. Martin Spahn nach Straßburg und von der Errichtung der Straßburger katholisch-theologischen Fakultät. Er wollte diesen Dingen den Charakter von Kompensationsobjekten der Zentrumspolitik gegenüber absprechen. Niemand hatte vorher von diesen Dingen ge-

## Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton v. Perfall.

10]

(Nachdruck verboten.)

Johannes erhielt von der Forstbehörde ein amtliches Schreiben, nach welchem der völlige Abtrieb der kahlgefressenen Flächen noch diesen Sommer bewerkstelligt werden mußte, um weiterem Unheil vorzubeugen.

Johannes las es zweimal, dann hielt er sich die Brust mit beiden Händen, atmete schwer auf und rief nach Matthes.

Der kam ganz schüchtern herein, er wußte, daß ein Schreiben gekommen, was es enthielt, aber er wollte es sich nicht merken lassen.

„Da les." Der Bauer legte ihm das Schreiben vor.

Matthes wurde feuerrot. Einen Schrecken zu heucheln wagte er doch nicht vor dem prüfend auf ihm ruhenden Auge des Vaters.

„Ja, mein Gott, was is da z' mach'n, wenn das Forstamt befiehlt", stotterte er. „Uebrigens von weg'n der Verwertung brauchst kein' Sorg' z' hab'n. 's Bergwerk und die Papierfabrik pass'n schon lang drauf."

„So? 's Bergwerk und die Papierfabrik!" wiederholte Johannes, in heftigem Zorn an seinem Schnurrbart kauend. „Und wenn s' mir's in Gold aufwieg'n, jeden Bam, sie kriag'n kein' Stamm, kein' Steck'n!"

Es war die letzte Aufwallung. Gewaltsam unterdrückte er sie, sich mit dem farbigen Sacktuch über das Gesicht fahrend.

„Du schreibst an Herrn Polentz, glei soll er komma. Der mir schnell auftramt, der is ma der Liabste. Auf's Geld pfeif i! Wenn i daran denk, daß i's anrühr'n soll, graust ma schon."

Er erhob sich geblückt. Dann warf er einen sonderbaren Blick auf Matthes. Es lag mehr bitteres Weh darin als Zorn.

„Dir graust's freili net davor. Geld! Geld! Das is ja Euer ganz Begehr, was a drüb'r zu Grund geht. — No ja", er reckte sich gewaltsam auf. „All's hat a End auf der Welt. Schreib nur dem Polentz."

Er ging langsam aus der Stube. Vor dem Hause blieb er stehen. Das Herz krampfte sich ihm zusammen, wie er so über die dürren Wipfel blickte, über das fahle Rot ringsum. Plötzlich zuckte er zusammen, hielt die Hand über die Augen und beugte sich weit vor.

Was war das, was da heraufblitzte mitten aus dem Walde? Er beugte sich rechts, er beugte sich links. Kein Zweifel, es war ein Fenster, in dem die untergehende Sonne ihr Lichtspiel trieb. Es gab aber nur ein Fenster im ganzen Wald, das Fenster der Holzerhütte.

Er trat wenige Schritte beiseite, da erblickte er auch den schwarzen Giebel. Der Anblick überwältigte ihn, er mußte sich auf die Bank setzen. In wenig Wochen steht kein Baum mehr zwischen der Hütten und dem Hof, und dann, dann kommt wirklich der Händler, von dem er damals gesprochen mit dem alten Grimm — da kann man es sehen, was für ein armseliges Ding ist um den menschlichen Stolz! Der Ferl war ihm zu schlecht gewesen für die Tochter des Bauern vom Wald. Aber in wenig Wochen gibt's ja kein' Bauer vom Wald mehr; nachher wär' je der Ferl auch nimmer zu schlecht, der Sohn von dem einzigen Menschen, der mit ihm weinen wird um den schönen Wald.

Denselben Abend noch ging er zum Grimm und zeigte ihm das Schreiben von dem Forstamte. Dem schweigsamen Alten, der bis dahin mit stoischer Gelassenheit die Katastrophe über sich ergehen ließ, den auch der entsetzliche Gestank der Verwesung ringsum nicht vertreiben konnte, liefen jetzt die hellen Tränen über die tiefgefurchten Wangen.

„Und den Ferl laß komma glei morg'n. Es gibt jetzt Arbeit g'rad genna für ihn, er muaß komma!"

Grimm sah mit offenem Munde auf seinen Herrn. Der wies mit dem Stecken gegen den Hof; zwischen den des Nadelwerkes beraubten Stämmen sah man ihn deutlich liegen auf der Höhe.

„Da schau hin! Bis in an Monat kommt's schon no besser."

„Das soll heiß'n, Bauer?" fragte Grimm mit zitternder Stimme.

„Das soll heiß'n, daß bis in an Monat kein' Bauern vom Wald mehr gibt, und — und daß für an Bauern ohne Wald Del' Ferl grad guat gnua wär' als Tochtermann."

Johannes reichte dem Alten tiefbewegt die Hand, die Lippen zuckten ihm verdächtig. Auch der knorrige Alte war ergriffen. Ein Lebensalter hindurch gewahrte Treue, die gemeinsame Liebe, die sie seit Jahrzehnten verband, brach durch in dieser arbeitsharten Brust.

„So schwör' i Dir dageg'n, so wahr unser Herrgott mir helf, und mein Buab'n — wir woll'n Dein'm Wald treu bleib'n, bis wir d' Aug'n schlaß'n und acht'n drauf, wia auf unser Seelenheil."

„Mein Wald, sagst? I hab' ja kein' Wald mehr in an Monat, sag i Dir!" erwiderte der Bauer.

„So, meinst, weil die alt'n Teufel da zmanand nimmer steh'n? Und was is denn nachh'r das da?" Er stieß mit dem krummen Fuß gegen den Boden. „Ruh'n da unt' net a Dutzend solche Wälder? Geht das aus? Der Bod'n is der Wald und den könna kane Raup'n net freß'n, kein Wind verweh'n und kein Feuer verbrenna. — Also!"

Johannes sah den Alten betroffen an. Daran hatte er in seinem Gram nicht einmal gedacht. Einen Augenblick zuckte es auf in ihm wie Freude, doch rasch erstarb die augenblickliche Regung. Er schüttelte nur traurig den Kopf.

„Nei', Grimm, wir erleb'n 's nimma und dena, die nach uns komma, wachs' d' Bam z' langsam. I dank Dir für den Trost, aber — laß den Ferl komma."

Johannes ging, er konnte es nicht aushalten in der vergifteten Luft. Grimm aber schrieb auf dem Hackstock vor der Hütte mit zitternder Hand an seinen Sohn:

„Liaber Ferl! Kommen sollst, meint der Bauer, und zwar glei. Wir schan'n jetzt z'samm, der Hof und die Hütt'n. — Kennst Di aus? — I bin alt und z'sammg'arbeit und hab Di wol nöti, und do war's mir glei liab'r, i' kriegt Di nimma z' seh'n, als das Unglück. Aber da bist g'rad a Muck'n gea'n so was. Unser Herrgott, der den Wald wachs'n laßt, kann an a wieb'r nehmg und umg'kehrt, ganz richti, so mein i, 's wird do no all's fein' Richtigkeit hab'n. Also schtemm' Di, Bua, 's Trost is alleweil no richti! Dein alter Vater Grimm."

Das war der längste Brief, den er je geschrieben, die Finger waren ihm stocksteif davon.

* * *

Bereits den nächsten Tag kam Herr Polentz. Er drückte dem Bauern nur schweigend die Hand und fuhr sich über die stets feuchten, glänzenden Augen. Gerade, als ob man eben einen teuren Toten hinausgetragen hätte aus dem Hause.

„Es ist hart, ich begreife es, aber nun in Gottes Namen! Verderben können wir es auch nicht lassen, das schöne Holz."

Das waren seine Worte.

Johannes stand schon wieder in seinem Bann. So hatte die traurige Woche über keines seiner Familie zu ihm gesprochen. Als Polentz ihm aber seinen Begleiter, einen großen, korpulenten Mann als den Vertreter einer rheinischen Holzfirma vorstellte, der bereit sei, den ganzen Hieb aufzukaufen und sich die Sache gleich selbst anschauen wolle, da befiel Johannes etwas wie Uebelkeit. Er mußte sich überwinden, dem Manne die Hand zu reichen, der seinen ganzen Wald mit fortführen wollte, alle seine Bäume, mit denen er aufgewachsen war, von denen er jeden einzelnen kannte.

Dann ging es hinüber in den Wald zur Aufnahme des Bestandes. Grimm wurde geholt zum Hantieren mit der Meßkette und der Klemper, dem Instrumente zum Umfangmessen. Er hinkte heute mehr wie je und warf dem Händler wütende Blicke zu, wenn der ihn derb anließ, wie einen gewöhnlichen Arbeiter, während ihm das Herz blutete um jeden Stamm, der mit der Hacke angemerkt wurde.

Auch Johannes war auf das Aeußerste erregt, denn der unverschämte Mensch, der Fremde, gab sich alle Mühe, seinen Wald schlecht zu machen. Da war der Wuchs schlecht, dort alles kernfaul und gab nur Brennholz ab. Da stand es zu dick, da zu dünn, und der Boden war auch nichts wert. Als er aber zuletzt über die Wirtschaft zu schimpfen begann, der Wald hätte ja längst schon abgetrieben werden müssen, der Staat dürfe so eine Verschwendung gar nicht dulden, da brach der Bauer los und schrie sich all seinen Groll von der Seele.

(Fortsetzung folgt.)

sprochen. Herr Hackenberg hatte aber sehr deutlich auf die Unteroffizier-Bewilligungen hingewiesen und darauf erwiderte Graf Bülow kein Sterbenswörtchen. Mit feierlichem Pathos erklärte der Ministerpräsident, daß an eine Aufhebung des § 1 des Jesuitengesetzes nicht zu denken sei. Weite Teile seiner Rede galten der Widerlegung einer recht phantastisch aufgestellten Behauptung. Graf Bülow behauptete nämlich, er hätte irgendwo gelesen, daß ein Teil der nationalliberalen Abgeordneten nur in der Hoffnung für die Aufhebung des § 2 eingetreten sei, daß die Regierung dem Beschluß keine Folge leisten werde. Aber man braucht wirklich kein Freund der Nationalliberalen zu sein, um solche Motive in das Reich der Fabel zu verweisen. Dem Grafen Bülow aber gab dieser in freier Phantasie aufgebaute Scheingrund eine schöne Gelegenheit, kräftig dreinzuschlagen und sich als wahrhaft konstitutionellen Staatsmann hinzustellen, der nur tut, was die Reichstagsmehrheit beschlossen hat.

Natürlich durfte in einer Bülow'schen Rechtfertigung der letzten Monate der Kampf gegen den Umsturz nicht fehlen. Spät kam er, doch er kam. Graf Bülow hatte sich diesen „Effekt" bis zum Schluß aufgespart. Seine Rede klang in einer Mahnung an die bürgerlichen Parteien aus, im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht das Trennende, sondern das Einigende zu betonen. Nach dem Ministerpräsident sprach der Kultusminister. Er rechtfertigte die Zulassung der Marianischen Kongregationen und bestritt das Vorhandensein irgendwelcher aktueller politischer Motive. Man wird den Nachdruck auf das Wort „aktuell" legen müssen. Nachdem sich noch der Abgeordnete Graf Wolfe für die freikonservative Partei etwa in gleichem Sinne geäußert hatte, wie der Abgeordnete Hackenberg wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

## Der Reichstag

führte heute die Beratung des Militäretats zu Ende. Beim Kapitel: „Technische Institute der Artillerie" brachte Genosse Zubeil die Zustände in den Militärwerkstätten von Spandau, Erfurt und Hanau zur Sprache. Er kritisierte die Arbeiterentlassungen, die niedrigen Löhne und mit besonderem Nachdruck den Versuch, die Spandauer Arbeiter im Sinne der Regierungspolitik zu beeinflussen. Anstelle des Kriegsministers, der seit gestern die Vertretung seines Etats seinen Kommissaren überläßt, erwiderte Generalmajor v. Arnim und versprach eine Untersuchung der von Zubeil namhaft gemachten einzelnen Fälle vornehmen zu lassen. Er gab dabei zu, daß die Spandauer Arbeiter zum zwangsweisen Genuß der famosen Reden des Reichskanzlers gegen die Sozialdemokratie verurteilt worden sind. Das Auftreten des schlichten Mannes aus der Werkstatt des Abg. Pauli-Potsdam, führte zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen unseren Parteigenossen und ihm. Herr Pauli besaß die Dreistigkeit, unsern Parteiführern nachzusagen, daß sie nur für die Arbeiter eintreten, um von den Arbeitergroschen zu leben. Die gebührende Antwort wurde ihm vom Genossen Singer zuteil. Außer andern Unwahrheiten verbreitete Herr Pauli auch die ihm von dem Priester Krösell zugetragene Behauptung, daß unser Genosse Herbert von jedem seiner Wähler 5 Pfg. pro Woche erhalte und damit eine Wocheneinnahme von 200 Mark habe. Genosse Herbert stellte fest, daß es sich natürlich um eine idiotische Lüge handelt. Aber mit solchen Mitteln wird besonders in der Provinz gegen uns gearbeitet. Die übrigen Debatten boten wenig Interesse. Eine große Rolle spielte noch die Metzer Wasserleitungsfrage, die vom Zentrumsabgeordneten Gröber angeschnitten wurde. Neues kam aber dabei nicht zu Tage. — Nach Erledigung des Militäretats wurden Wahlprüfungen vorgenommen. Im allgemeinen wurden die Kommissionsanträge ohne wesentliche Debatte angenommen. Nur bei der Wahl unseres Genossen Buchwald, bei dem die Kommission aus ganz hinfälligen Gründen Ungiltigkeit beantragte, entspann sich eine lange Debatte, in der Abg. v. Gerlach (freis. Verg.) und Genosse Fischer für Giltigkeit eintraten. Dieser spricht bei Abgang des Berichts weiter.

# Japan und Rußland.

Nach einem Telegramm aus Port Arthur ist der russische Großfürst Kyrill dort eingetroffen. Vor einiger Zeit ging die Meldung durch die Presse, der bisherige Kriegsminister General Kuropatkin habe den Posten eines Generalissimus der russischen Truppen in Ostasien nur unter der Bedingung übernommen, daß kein Großfürst die Grenze des Ural überschreite. Diese Meldung trifft also nicht zu. Besonders devote Gemüter werden mit großer Genugtuung davon Kenntnis nehmen, daß in einem russischen Kriege ein Großfürst immer noch mehr zu sagen hat, als der Oberstkommandierende der Armee.

### Auf Verstärkung für Port Arthur

darf die dortige Besatzung nicht rechnen, wenn englische Blätter richtig berichtet sind, die aus Niutschwang melden: General Kuropatkin sandte dem General Stössel telegraphisch die Weisung, er müsse Port Arthur mit der gegenwärtigen Besatzung halten. Er bilde die erste Verteidigungslinie mit 300,000 Mann gegen die Japaner; die zweite Linie von 200,000 Mann würde die Verbindungslinien bewachen und eine eventuelle Aktion der Chinesen zu Gunsten der Japaner verhindern.

### Das neue russische Panzergeschwader.

Aus Petersburg wird geschrieben: Der russische Kriegsplan, welcher ein nachdrückliches Vorgehen der russischen Kriegsflotte erst für die Mitte des Jahres vorsieht, stützt sich vor allem auf die der Vollendung nahekommenden großen Schiffsneubauten, welche bis Juni der russischen Flotte das Uebergewicht über die japanischen Streitkräfte sichern sollen. Nach dem ursprünglichen Bauplan würde es allerdings bis zum nächsten Frühjahr gedauert haben, bis sämtliche im Bau begriffenen sieben Schlachtschiffe und zwei Kreuzer fertig werden sollten. Jetzt aber sollen durch Aufbietung aller Kräfte sämtliche Schiffe bis Juni in Dienst gestellt sein. Fünf Panzerschiffe („Orel", „Sawarow", „Slawa", „Borodino" und „Peul I"), die sämtlich über 17,000 Tonnen enthalten und eine durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit von 18 Knoten aufweisen sollen, will man schon im Mai von Stapel lassen, so daß sie spätestens im Juli auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz eingreifen könnten. Auch der neue große Kreuzer „Ismuruil" soll zur gleichen Zeit in See gehen, während die übrigen drei Schlachtschiffe und ein Panzerkreuzer, die sämtlich kleinere Typs aufweisen, anderthalb bis zwei Monate später in Tätigkeit treten würden.

Die russische Regierung rechnet nunmehr darauf, daß kein anderer Staat den Japanern während des Krieges Schiffe abtreten wird, da dies ja einen offenen Bruch der Neutralität darstellen würde. Und da anderseits die beiden von Japan in England vor Ausbruch des Krieges bestellten zwei Panzerschiffe frühestens in einem Jahre fertig sein können, so würde tatsächlich Rußland den Japanern noch in diesem Sommer eine weit überlegene Kriegsflotte entgegenstellen können.

## Kleinere Nachrichten.

**Das Begräbnis der Helden.** Zwei russische Matrosen, die aus dem gesunkenen russischen Kreuzer „Warjag" von Tauchern heraufgeholt wurden, wurden heute in Tschemulpo feierlich begraben. Zwanzig japanische Matrosen eröffneten den Zug, die japanische Gloaga war umflort, hinter dem Sarg schritten zwei Matrosen mit Kränzen; den Sarg, der auf einer Lafette ruhte, bedeckte eine große russische Fahne. Die Lafette wurde von japanischen Seeleuten gezogen. Auch zur Seite schritten Matrosen. Die im Hafen liegenden französischen und amerikanischen Kanonenboote, sowie die japanischen Schiffe feuerten den Ehrensalut. Auch die japanischen Bewohner gaben dem Sarg das Geleite. Reverend Bridle hielt am Grabe eine ergreifende Trauerrede.

**Der Befehlshaber der russischen Flotte** in Port Arthur, Vizeadmiral Makarow, hat einer Pariser Meldung zufolge mit der leichten Artillerie zweier beschädigter Panzer, des „Cäsarewitsch" und des „Retwisan", die Pigeon-Bucht, die bisher ausreichenden artilleristischen Schutzes entbehrte, vor etwaigen Handstreichen der japanischen Torpedoboote gesichert. Daß dazu ein Teil der Artillerie den beiden s. Zt. schwer beschädigten Panzern entnommen wurde, läßt darauf schließen, daß diese Schiffe einstweilen zum Kampf auf offener See nicht verwendet werden können.

**Als Vorläufer wichtiger Ereignisse** wird die Verfügung des japanischen Oberkommandanten angesehen, durch welche sämtliche Zeitungskorrespondenten angewiesen werden, nach Söul zurückzukehren und dort weitere Verfügung abzuwarten.

**Die japanischen Granaten.** Ueber die Wirkung der neuen japanischen Granaten teilt Dr. Wanda nach Berichten von Verwundeten des russischen Kreuzers „Warjag" mit, daß die Zünder selbst im Kontakt mit Wasser und Kleidern wirksam waren. Die Granaten zerspringen in kleinste Stücke und zerreißen Menschen im nahen Umkreis in Atome, während sie Personen in größerem Umkreise zahlreich, aber leicht verwunden. Auf der Kommandobrücke des „Warjag" wurden der Kapitän und vier Mann durch eine Granate getroffen, ein Deckoffizier verschwand vollständig, und von dem Grafen Nirod wurde nur der Arm gefunden. Ein Matrose hatte 120 Wunden von lauter kleinen Granatenfragmenten, wurde aber wiederhergestellt.

**Das russische Polizeischiff.** Der russische Kreuzer Dmitri Donskoi patrouilliert eifrig in der Nähe. Er hielt den italienischen Kreuzer Marco Polo an, der in den Kanal eingelaufen ist. Der Dmitri Donskoi hatte den Marco Polo für ein Handelsschiff gehalten und einen blinden Schuß abgegeben, entschuldigte sich aber später. Der russische Kreuzer hat ferner einen norwegischen Dampfer angehalten, und zwar nach glaubwürdigen Berichten innerhalb drei Meilen von der Küste, er signalisierte aber später, der Dampfer könne seine Fahrt fortsetzen.

## Politische Uebersicht.

**Pfui!** „Wolff's Telegraphisches Bureau" meldet:

**Berlin**, 16. März. Eine größere Anzahl von **russischen Staatsangehörigen**, insbesondere Studenten, wurde aus dem **preußischen Staatsgebiet ausgewiesen**, die sich als Einberufer, Leiter und Redner an der Versammlung vom 5. März beteiligten, in der bekanntlich eine Protest-Resolution gegen das Verfahren der Staatsregierung bei Ausweisungen von Ausländern und gegen die Ausführungen des Reichskanzlers hierüber im Reichstag angenommen worden war.

Den Ausgewiesenen ist aufgegeben worden, das Staatsgebiet binnen acht Tagen zu verlassen, widrigenfalls sie an die Grenze gebracht werden. Es handelt sich dabei angeblich nicht um die russische Grenze.

So ist es denn erreicht. Die mutigen Männer, die ihre politische Gesinnung und die Ehre ihrer Namensschwestern verteidigten, müssen den Staub Deutschlands abschütteln, weil wir unsere Freundschaft mit dem Knutenreich nicht gefährden dürfen. Ein Schandfleck mehr auf dem deutschen Schilde.

Bülow hat sich mit unvergänglichem Ruhm bekleckert. Er konnte diesen rücksichtslosen Schritt nur wagen wegen des feigen Verhaltens der gesamten Bourgeoisie in den vorangegangenen Parlamentsdebatten.

**Auflösungen überall.** Ueber borussischen Atavismus in der deutschen Reichspolitik und die Weltlage sollte am Dienstag Abend Reichstagsabgeordneter Ledebour in einer Leipziger Volksversammlung sprechen. In der Hauptsache blieb es jedoch bei der Absicht, denn der überwachende Beamte entzog dem Redner schon bei den einleitenden Sätzen das Wort, sodaß die überfüllte Versammlung um das Referat kam.

Nachdem die Versammlung auf kurze Zeit vertagt worden war, nahm Reichstagsabgeordneter Motteler das Wort. Minutenlanger stürmischer Beifall erhob sich, als der Abgeordnete für Leipzig-Stadt das Rednerpult betrat. Die Situation, so meinte der Redner, habe ihm die Aufgabe gestellt, hier das Wort zu ergreifen. Schon Liebknecht habe einst gesagt: Wo Rußland steht, da steht der Feind. Damit ist gemeint das russische Regiment, das Rußland zu den absolutistischen Staaten macht. Gegen dies krasse System wende sich die ganze gebildete Welt. Der Redner bespricht sodann die sozialdemokratische Interpellation und die sich an diese anschließenden Vorgänge im Reichstage.

Der Vorsitzende erteilt dann zum zweiten Teil des Referats, die Weltlage, dem Referenten Ledebour das Wort.

Ledebour: Verehrte Anwesende, Genossen! — —

Polizeiinspektor Förstenberg: Ich löse die Versammlung auf!

Der Vorsitzende ermahnte, ruhig auseinanderzugehen. Dann leert sich langsam der Saal.

Auch als Genosse Zubeil in Dessau über den Russenkurs referierte, erfolgte Auflösung der betreffenden Versammlung. Die Zuhörer bekommen durch solche Maßnahmen sofort den Russenkurs zu spüren.

**Ueber die Agitation im 20. sächsischen Wahlkreise** wird dem „Vorwärts" berichtet:

„Durch Eis und Schnee müssen diesmal unsere Genossen die Agitation betreiben. Am letzten Sonntag waren von unserer Seite einige 20 Versammlungen einberufen, davon fand die Hälfte unter freiem Himmel statt auf Grundstücken, welche oft hoch oben auf den Bergen liegen. Trotz Eis und Schnee pilgerten auf schwer passierbaren Bergpfaden hunderte und tausende Bewohner des Erzgebirges den Versammlungsstätten zu. War es schon ein eigenartiger Anblick, die Pilger und Pilgerinnen wie schwarze Streifen durch den leuchtenden Schnee ziehen zu sehen, die sich dann an den Versammlungsorten zu dichten immer größer werdenden schwarzen Massen zusammenballten, so bot ein solcher Versammlungspunkt selbst ein hochinteressantes Bild. Hoch auf einem Bergesgipfel bei Krumhermsdorf eine Stunde von Zschopau war eine solche Versammlung einberufen. Vier Gendarmen, zwei Polizisten, ein Amtsvorsteher und ein Beamter der Kreishauptmannschaft waren erschienen, um „die Ordnung aufrecht zu erhalten". Sie bekamen aber keine Arbeit. Mitten auf dem Bergesgipfel hatten die Genossen des Ortes eine Rednertribüne errichtet und mit grünem Tannenreisig ringsum bekleidet, das sich prächtig von dem Schnee abhob, der den Berg wie mit einem großen weißen Tischtuch gedeckt hatte. Nach Polizeivorschrift war das Grundstück mit Waschleinen, die an Pfählen befestigt waren, eingezäunt; auch Retiraden waren hergestellt. Als Redner war der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Pinkau und der Reichstags-Abgeordnete Genosse Adolf Hoffmann-Berlin erschienen. Mindestens 600 Personen, darunter viele Frauen, hatten den Berg erklommen und füllten den Gipfel, als die Versammlung begann, und noch immer strömten neue Massen heran. Das Wetter hielt sich trotz drohender Schneewolken. Weit ins Gebirge hinein und über den unten im Tal sich hinstreckenden Ort hallten die Worte des Genossen Hoffmann, der Beifall weckte das Echo der umliegenden Berge und Wälder. Als sich kein Gegner zur Diskussion meldete und Genosse Pinkau, der Kandidat des Kreises, das Wort nahm, da wollte der Beifall kein Ende nehmen und auf allen Gesichtern las man die Worte: „Nur der Sozialdemokrat ist der Unsere!" Einen überwältigenden Eindruck machte diese Versammlung dort oben zwischen Eis und Schnee — erinnernd an das Wort: „In den Bergen wohnt die Freiheit." Als die Redner dieser Versammlung nachher durch die Berge sich dem Zschopauer Bahnhof näherten, zeigte sich auf einer der Bergeshöhen bei Zschopau wiederum eine große schwarze Masse mitten im weißen Schnee; hier stand Wilhelm Stolle und feuerte die Massen zum neuen Kampfe an.

Im ganzen Kreise herrscht ein so vorzüglicher Geist, eine solche Begeisterung, daß sicher der achtzehnte März wieder einen glänzenden Sieg der sozialistischen Geistes-Revolution bringen wird.

**Ein Großherzog, der plötzlich nach Amerika fährt.** In Oldenburg stimmt etwas nicht. Die „Berliner Zeitung" schreibt darüber: „Wie bekannt, hat der Großherzog von Oldenburg sich am 25. Februar von Genua aus nach den Vereinigten Staaten begeben. Die Tatsache ist in Oldenburg erst sehr verspätet bekannt geworden; sie hat dort allgemein die denkbar größte Ueberraschung hervorgerufen und erregt um so größeres Befremden, als die Großherzogin zur Zeit leidend ist. Wohin der Großherzog sich nach seiner Landung in New-York zunächst begeben hat, ist in der Residenz nicht bekannt; man weiß nur, daß er unter dem Inkognito eines Grafen v. Leusahn reist. Offiziell wird, seit die erste Ueberraschung überwunden ist, erklärt, der Großherzog habe die Fahrt zu seiner Erholung angetreten. Unaufgeklärt bleibt einstweilen, warum er die Reise so unvermittelt angetreten hat und ohne für die Zeit seiner Abwesenheit disponiert zu haben. Einer Washingtoner Meldung des „Daily Chronicle" zufolge ist der Großherzog sehr ungehalten darüber, daß man ihn durch Ovationen zwang, aus seinem Inkognito herauszutreten, da er seinen Aufenthalt geheim zu halten wünschte. Am vorigen Dienstag trat er die Rückreise nach Europa an."

**Die Entscheidung über § 2 des Jesuiten-Gesetzes** wurde in folgendem Verhältnis gefällt: Für die Aufhebung haben gestimmt: Preußen mit 17, Bayern mit 6, Baden mit 3, Waldeck, Reuß ä. L. und Hamburg mit je 1, zusammen 29 Stimmen, während die übrigen Staaten mit insgesamt 24 Stimmen den Antrag auf Aufhebung des § 2 ablehnten. Der Abstimmung enthielten sich mit je 1 Stimme Bremen, Lübeck, Anhalt und Schaumburg-Lippe.

**Der Kronprinz und Beyerleins „Zapfenstreich".** Die auffallend plötzliche Versetzung von 8 jungen Offizieren des 1. Garderegiments zu Fuß wird in Potsdam lebhaft besprochen. Es handelt sich um Offiziere, die zum Kronprinzen in freundschaftlichen Beziehungen standen. Ein Gerücht will wissen, daß die Versetzung deshalb erfolgte, weil die Offiziere in Gemeinschaft mit dem Kronprinzen in Berlin die Aufführung von Beyerleins „Zapfenstreich" in Zivil besuchten, was für den Kronprinzen nicht ohne Mißhelligkeiten abgegangen sein soll.

**Pirnaer Duellprozeß.** Das Urteil in der Pirnaer Duellaffäre lautet gegen Oberleutnant Krohn auf vier, gegen Bax auf sechs Monate, gegen Gerlach auf zwei Jahre, gegen Korn auf fünfzehn Monate Festung. Der Kartellträger Sulzburger wurde zu zwei Tagen Festung verurteilt.

**Der Aufstand der Hereros.** Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: In Berlin werden demnächst folgende Verstärkungstransporte für die Schutztruppe in Südwestafrika zusammengestellt. Am 24. März der erste Transport mit 400 Mann, einschließlich der Unteroffiziere, am 29. März der zweite Transport mit 250 Mann, am 6. April der dritte Transport mit 400 Mann. Die Abfahrt erfolgt an den gleichen Tagen Abends nach Hamburg. — Oberleutnant Sagers mit 90 Reitern fand den Abschnitt zwischen Epikura und dem Eiseb-Fluß von Hereros verlassen. In Otjiarna wird eine große Hereroabteilung vermutet.

**Druckfehlerberichtigung.** In unserem gestrigen Zirkular des Wahlentrechtungsvereins befindet sich ein sinnentstellender Druckfehler. Der achte Absatz auf Spalte 2 muß heißen:

Der projektierte Verein müßte einen kleinen Jahresbeitrag erheben, z. B. 50 Pfennig jährlich, wofür den Mitgliedern von Zeit zu Zeit kleine Flugschriften zugestellt werden müßten mit nützlichen Belehrungen, auch z. B. über die in anderen Ländern, z. B. in **Belgien** (nicht Berlin) geltenden Wahlrechte.

## Ausland.

**Unter den Deutschen in Ungarn** faßt der Abstinenzgedanke kräftig Wurzel. In den letzten Wochen ist es dem Guttemplerorden gelungen, mehrere neue Logen zu gründen. Vor allem bringt man dort den Enthaltsamkeitsbestrebungen in den akademischen Kreisen mehr Anteilnahme entgegen, als es bisher in Deutschland der Fall ist.

**Ueber ein interessantes sozialpolitisches Experiment in Australien** wird aus Melbourne folgendes berichtet:

Der Entwurf eines Gesetzes über die Schiffahrt, der demnächst dem Senat vorgelegt werden wird, bestimmt, daß englische Schiffe australischen Küstenhandel nur unter der Bedingung treiben dürfen, daß sie denselben Lohn zahlen und sich denselben Arbeitsbedingungen unterwerfen, wie australische Schiffe. Ausländische Schiffe werden noch weiteren Beschränkungen unterworfen und müssen unter anderem Sicherheit dafür leisten, daß sie australische Lohnsätze zahlen werden. Die westaustralischen Häfen sind von der Wirkung des Gesetzentwurfes ausgeschlossen.

Auf den Ausgang dieses Experiments darf man gespannt sein.

## Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 17. März.

* **Eine freisinnige „Tat".** Ein Breslauer Freisinnsmann der Justizrat Feige hat eine große Tat getan. Er hat einen kühnen Vorstoß gegen die Zurücksetzung der Juden beim Militär unternommen. Mit dem ganzen Mannesmut, der den Liberalen auszeichnet, hat er sich in den Kampf um eines der hehrsten Menschenrechte geworfen, das Menschenrecht auf Tressen und Offiziersportepee. Der deutsche Jude — Pardon: der jüdische Bourgeois soll auch Offizier werden können. Für dieses erhabene Ziel kämpft Herr Justizrat Feige vermittels — Immediateingaben an den Kaiser.

Die erste dieser Immediat-Eingaben lautet:

Breslau, 10. Oktober 1903.

Mein ältester Sohn, Student der Rechte, Ernst Feige, hat vor wenigen Tagen bei dem Schles. Feldartillerie-Regiment Nr. 40

v. Peudert den Dienst als Einjährig-Freiwilliger beendet. Die Beförderung zum Unteroffizier und die Befähigung zum Reserveoffizier ist von ihm nicht erreicht worden, obwohl seine Führung tadellos war und obwohl er seine Schuldigkeit in vollem Umfange getan hat, gleich seiner beförderten Kameraden. Aber er ist Jude.

Ich empfinde diese Zurücksetzung um so schwerer, als ich selbst den Krieg gegen Frankreich mitgemacht, mir das eiserne Kreuz erworben habe und Offizier geworden bin. Der Stand, dem ich angehöre, und die Achtung, welche ich genieße, gestatten mir, meine Ehre derjenigen jedes anderen Vaters gleichzuachten, dessen Söhne der Aufnahme in den Offiziersstand für würdig erachtet werden.

Es wäre nutzlos, wenn ich mich an eine andere hochstehende Person als an Ew. Kaiserl. Majestät wenden wollte. Nur ein Wort Ew. Majestät vermag diesen Zustand zu beseitigen oder zu erhalten, welcher eine ganze Volksklasse mit der Schmach der Minderwertigkeit belastet.

Als treuer Staatsbürger und alter Soldat wende ich mich an Ew. Majestät mit der Bitte, diese ebenso ehrenrührige wie unverdiente Zurücksetzung zu beseitigen.

Achtzehn Tage später ist dem Absender folgendes Schreiben zugegangen:

VI. Armee-Korps. Breslau, den 28. Oktober 1903.
General-Kommando.

Nachdem die Prüfung Ihres Immediatgesuches stattgefunden hat, teilt das Generalkommando Eurer Hochwohlgeboren ganz ergebenst mit, daß ihr Sohn nur aus dem Grunde nicht befördert werden konnte, weil er den an einen Vorgesetzten zu stellenden Anforderungen nicht genügt hat.

v. Woyrsch, Generalleutnant.

Dieser Bescheid hat den Justizrat Feige veranlaßt, an den Kaiser ein zweites Immediatschreiben zu richten, in dem der Absender dem Bescheide des Generalkommandos die Tatsache entgegenhält, daß „seit Jahrzehnten in Preußen nicht ein einziger Jude zum Reserveoffizier befördert wurde, daß somit eine grundsätzliche Ausschließung stattfand, und daß für uns Juden der Satz gilt: gleiche Pflichten, ungleiche Rechte“.“

Einer lediglich persönlichen Zurücksetzung wegen, so schreibt Herr Justizrat Feige weiter, würde ich nicht wagen, Ew. Kaiserliche Majestät zu behelligen. Aber diese Minderwertung trifft mich als Mitglied einer ganzen Volksklasse. Das General-Kommando eines einzelnen Armeekorps ist bei dieser Sachlage auf Erteilung eines ausweichenden Bescheides angewiesen. Nur Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät selbst haben die Macht, die Befolgung eines Grundsatzes zu untersagen, der eine Prüfung der etwa vorhandenen Befähigung von vornherein ausschließt und dadurch jenen beleidigenden Charakter gewinnt, der mich zur Beschwerde zwingt. Wer mit Stolz Preuße (!) ist, hat einen empfindlichen Sinn für Wahrheit und Recht; und er wird es für selbstverständlich halten, daß dieser Sinn bei niemand empfindlicher und stärker entwickelt ist, als bei seinem Kaiser und König. Die Zuversicht auf die Richtigkeit dieses Gedankens giebt mir die Hoffnung, daß meine Bemühungen nicht vergeblich sein werden, die Ursachen zu beseitigen, welche das bittere Gefühl entehrender Entrechtung erwecken.“

Bisher ist auf diese zweite Eingabe eine Antwort nicht erfolgt. Und Herr Justizrat Feige wird darauf auch wohl vergeblich warten. Denn daß der Kaiser auf die submisseste Eingabe des Herrn Justizrats nun plötzlich eine totale Aenderung des Systems befehlen würde, das bisher den Ausschluß der Juden aus der Offizierskaste bewirkte, das können nur politische Kinder erwarten. Gleichberechtigung wird nicht erbeten, die wird nur erkämpft. Das hat freilich das deutsche liberale Bürgertum, dessen Glied Herr Feige ist, nie begriffen, und deshalb tanzen diesem Bürgertum die Junker auf der Nase herum. Rechte müssen von den Herrschenden erkämpft werden. Ob freilich das Recht auf das Offiziersportepee eines Kampfes wert ist, das zu entscheiden, überlassen wir den Beteiligten!

* **Ein Arbeiter, wie ihn sich die Unternehmer wünschen,** scheint der Verfasser eines Briefes zu sein, dessen Originaladresse uns vorliegt. Sie lautet:

In Breslau.
An Seiner Hochwohlgeboren Herrn
An den Hochlöblichsten Herrn Hochgeehrtesten
Gnädichen Herrn Brennerei-Besitzer
Herrn Hennich.
Mehlgasse Nr. 8 bis 10.

Und die Ursache dieses demütigen Schreibens? Der Schreiber — ein Arbeiter des Herrn Hennich — will von seinem Arbeitgeber einen Vorschuß von 10 Mark haben!

Der Absender dieses famosen Briefes hat sicher keine Ahnung davon, wie sehr er sich mit solchem Geschreibsel selbst schädigt. Ein Organisierter ist es sicher nicht, der hat ein anderes Klassenbewußtsein und rutscht nicht mehr auf dem Bauche vor seinem „gnädigen Herrn“. Möge dem Briefschreiber bald die nötige Belehrung von seinen Arbeitskollegen über Selbstachtung und Mannesstolz zu teil werden!

* **Neue Gemeinde-Wahlsiege.** In Weißwasser wurden bei der letzten Gemeindevertreterwahl die Genossen Robert Müller und Karl Weißmann fast einstimmig in der 3. Abteilung gewählt. Die Gegner hatten auf Wahlagitation von vornherein verzichtet. — In Rauscha wurden am Montag die Genossen Lippert und Bullard in die Gemeindevertretung gewählt. — Der Sozialismus marschiert!

* **Sozialdemokratischer Verein.** In der Mitgliederversammlung am kommenden Montag Abend, die wieder im Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet, wird Genosse Löbe über den japanisch-russischen Krieg referieren und dabei besonders die Ursachen des Krieges, den bisherigen Verlauf desselben und die Stellung des deutschen Proletariats erörtern. Es wird hierdurch zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung eingeladen.

* **Die Genossen** werden nochmals aufmerksam gemacht auf das am Sonntag Nachmittag stattfindende letzte diesjährige Volkskonzert des sozialdemokratischen Vereins. Es sind noch Programme in der Expedition und bei den Distriktsführern zu haben. Arbeiter, sorgt für zahlreichen Besuch!

* **Das Arbeitersekretariat** bleibt heute Donnerstag Nachmittag und die beiden nächsten Tage wegen Erkrankung des Sekretärs geschlossen.

* **Mit den Wahlen der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker** beschäftigte sich eine am Mittwoch, den 9. März, im „Blauen Hirsch“ tagende Mitglieder-Versammlung, über welche uns geschrieben wird:

Statt der 6 Vertreter im Vorstand, welche schriftlich eingeladen, erschienen nur 4 und von diesen waren nur 2 in der Lage, über ihre 6jährige Tätigkeit im Vorstand Bericht zu erstatten. Trotzdem waren auch diese nicht imstande, nach jeder Richtung über die Geheimnisse der Kasse Aufschluß zu geben.

Auf eine Anfrage über einen, seitens eines Mitgliedes gegen die Kasse geführten Prozeß, konnten die anwesenden Vorstandsmitglieder keine Auskunft geben.

Da der bisher amtierende Vorstand nicht wie in jeder anderen Kasse aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt ist, sondern die Handlungsgehilfen und Haushälter besondere Klassen bilden, gelangte eine Resolution zur Annahme, welche gegen diesen Zustand protestirt.

Zur Besprechung der Vertreterwahlen hatte auch die Ortsverwaltung des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter für den gestrigen Mittwoch im „Pariser Garten“ eine öffentliche Versammlung von Kassenmitgliedern einberufen, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte.

Zimmer hielt das Referat. Er führte aus, daß die Kasse 7500 Mitglieder aus dem Stande der Handelshilfsarbeiter zähle, aber keine Vertreter in der Kasse habe, die das Interesse der Mitglieder, wie es erforderlich sei, wahrnehmen. In dieser Kasse bestünden zum Nachteil der Mitglieder mancherlei Mängel, die unbedingt beseitigt werden müßten. Das könne nur geschehen, wenn Männer hineinkommen, die energisch das Interesse der Kassenangehörigen nach jeder Richtung hin vertreten. Die Arbeiter verursachten der Kasse weniger Ausgaben, als die Handlungsgehilfen, es wäre demnach ganz in Ordnung, wenn erstere ein größeres Entgegenkommen erweisen würden und zwar in erster Reihe dadurch, daß man den Familienangehörigen ärztliche Hilfe angedeihen ließe, was bisher nicht geschehen sei. Die Behandlung der Mitglieder seitens der Rendantur ließe auch viel zu wünschen übrig. Die Mitglieder müssen im Kassenlokal fast stundenlang auf Abfertigung warten und es befinden sich nicht einmal Bänke oder Stühle zum Sitzen darin. Für andere Sachen habe die Kasse viel Geld, nur nicht für das Nötige. Bei vielen Gelegenheiten sei nachzuweisen, daß der Vorsitzende und der Rendant sich vordrängen, bei Verteilung von Kassentagen sind sie immer die Ersten. Die 6jährige Wahlperiode sei auch nicht am Platze, bei keiner anderen Kasse in Breslau ist die Periode eine so lange. Richtig sei es auch nicht, daß die Handlungsgehilfen und Handelshilfsarbeiter in getrennten Wahlgängen wählen. Alles dies bedarf einer gründlichen Umgestaltung. Auch die Frage der Errichtung von Erholungsheimen und die bessere Pflege der Zähne, Zahnplomben und Zahnersatz müßte einmal auf die Tagesordnung kommen. In der Kasse herrsche ein reaktionärer Geist, dies sei nuleugbar. Solle es anders werden, dann haben die Vertreter dafür zu sorgen; deshalb empfehle man bei den am **Freitag stattfindenden Wahlen** die Stimme der Liste des Zentralverbandes zu geben. Die Debatte über die Ausführungen war eine sehr lange und äußerst rege, aber Redner erkannte an, daß zur Abstellung der Uebelstände etwas geschehen müsse. Von einem Redner wurde auch die Abschaffung der Karenzzeit verlangt, die Kassenleistungen sollen schon vom ersten Tage der Krankheit an gezahlt werden.

Zum Schluß forderte Zimmer die Mitglieder auf, am Wahltage zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

* **Zur Lohnbewegung der Töpfer.** Am Mittwoch hielten die Töpfer im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab, in welcher Kollege Gäbel einen Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern betreffend die von den Gesellen gestellten Forderungen erstattete. Die Lohnkommission sei sich einig geworden, den Meistern den Vorschlag auf eine durchgängige Lohnerhöhung von 5 Prozent zu machen. Nach längerer Beratung seien sich die Meister einig geworden, den Gesellen entgegenzukommen, jedoch wollen sie die Preise um höchstens 3—3½ Prozent im Durchschnitt erhöhen, wenn der Tarif nicht auf 1 Jahr sondern auf 2 Jahre Gültigkeit erhält. Gäbel empfahl den Kollegen die Annahme des Zugeständnisses, das immerhin einen Fortschritt bedeutet. Es entstand darüber eine rege Debatte, in der die Meinungen auseinandergingen. Schließlich bestand die Versammlung darauf, daß die Lohnkommission an den 5 Prozent festhalten solle, im übrigen soll sie freie Hand behalten. Gäbel forderte die Kollegen auf, energisch für Erstarkung des Verbandes zu wirken.

* **Klerikale Tonart.** Vor der Strafkammer in Beuthen wurde eine Beleidigung durch die Presse zum Austrage gebracht, welche aus der Zeit der Landtagswahlkampagne herrührt und eine umfangreiche Vorgeschichte hat. Angeklagt war der Chefredakteur der „Schlesischen Volkszeitung“ in Breslau, Konstantin Nowak. Derselbe war vom Schöffengericht in Beuthen am 6. Februar d. J. wegen Beleidigung des Ingenieurs Hartwig von Ludwiger aus Bobrek-Julienhütte durch einen in der „Schlesischen Volkszeitung“ erschienenen Artikel zu **500 Mark Geldstrafe** verurteilt worden. Gegen dieses Urteil legte Nowak Berufung ein und so wurde die ganze Sache nochmals verhandelt. Der in Nr. 535 der „Schlesischen Volkszeitung“ vom 22. November v. J. erschienene und der Klage zu Grunde gelegte Artikel lautete:

„In Bobrek-Julienhütte hat ein höherer Beamter die Arbeiter „katholische Schweine“ geschimpft. Ein Trost für die Arbeiter war es, daß sie sich sagen konnten, daß auch in diesem Beamten ein gut Teil „Schweineblut“ ist, indem dessen Mutter der katholischen Religion angehört.“

Durch diese Notiz fühlte sich der oben erwähnte Ingenieur von Ludwiger beleidigt und sandte zunächst eine Richtigstellung, die auch erschien, strengte aber außerdem noch die Beleidigungsklage an. Es wurde bestritten, daß eine Aeußerung von „katholischen Schweinen“ überhaupt gefallen sei. Einsender der Notiz war der Pfarrer Kubotb-Miechowitz. Nowak war, wie gesagt, vom Schöffengericht der Beleidigung schuldig befunden und zu fünfhundert Mark Geldstrafe verurteilt, die Berufungsinstanz verwarf die Berufung des Verurteilten.

Charakteristisch ist, daß die „Schlesische Volkszeitung“, das Organ der „Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht“, zwar prompt jeden Preßprozeß der „Volkswacht“ ausschlachtet, sich über den „sozialdemokratischen Terrorismus“ nicht genug im Heulmeiern tun kann, daß diese selbe Zeitung ihren Lesern aber die Verurteilung ihres Redakteurs konsequent verschweigt. Kommentar überflüssig.

* **Die Sektion der Modelltischler** wird einen Zyklus von Vorträgen veranstalten über Schablonenarbeiten (an der Hand von Zeichnungen und Original-Schablonen). Diese Vorträge sind nicht bloß für die Mitglieder der Sektion bestimmt, sondern für alle Kollegen, welche in diesem Fache arbeiten, auch wenn sie noch nicht zur Organisation gehören. Der erste Vortrag findet nächsten Sonnabend, 19. März, statt. Die folgenden alle vierzehn Tage im Vereinslokal (Bär auf der Orgel), Kupferschmiedestraße.

* **Am Volksunterhaltungsabende „Der Tanz“,** den der Humboldt-Verein diesen Sonnabend 8 Uhr im Konzerthause veranstaltet, hat Frau Frieda Schanz an Stelle des leider verhinderten Fräulein Fuffek die Sologesangsnummern übernommen. Die Dame wird die Polonaise aus „Mignon“ und eine Walzerarie von Newzano zu Gehör bringen. Auch die Violin- und Klaviernummern sind andere, wie die des ersten Abends. Billets à 10 Pf. sind in den bekannten Handlungen (an der Abendkasse à 20 Pf. zu haben.

* **Wegen Betruges und Unterschlagung** stand der Maurermeister Max Seele vor der II. Strafkammer. Diesem war von einem Rentier Emil Schwarz die Aufführung eines Neubaues Viktoriastraße 108 übertragen worden. Seele ist infolge seines wiederholten Konkurses kreditlos, und so war der Bauherr gezwungen, ihm Auslagen und Arbeitslöhne in den nötigen Raten vorschußweise auszuzahlen. Im März 1902 bestellte S. bei der Firma Drescher u. Fuchs Träger auf das Konto seines Bauherrn und erbrachte sofort an, daß 4—5 dieser Träger bald nach einem anderen, von ihm angeführten Bau nach der Gräbschenerstraße angefahren würden. Das geschah denn auch, während die Gesamtrechnung dem Schwarz präsentiert und von diesem auch beglichen wurde. — Zum Barrinlaufe, bezw. zum Bezahlen von auf dem Bau Viktoriastraße 108 zu verwendenden Bauholzes hatte Seele von Schwarz einmal 2250 Mk. erhalten, die er jedoch an die Holzfirma nicht abliefere und von Schwarz späterhin noch einmal bezahlt werden mußte. Ein anderes Mal gab Schwarz zur Bezahlung einer Holzrechnung an die Firma Warschauer dem Seele 2000 Mark, von denen dieser jedoch nur 1000 Mk., später auf eindringliches Mahnen der Firma noch 850 Mk. und noch später erst den Rest bezahlte. — Gegen Schwarz strengte die seinerzeit von S. nicht bezahlte Holzfirma einen Zivilprozeß an, und bei dieser Gelegenheit erfuhr der Bauherr erst, daß die von ihm bereits an Seele gegebene Summe nicht abgeführt worden sei. Er nannte das Verfahren seines Maurermeisters einen gemeinen Betrug, worauf S. gegen Schwarz die Beleidigungsklage erhob. Die Angelegenheit kam indes nicht zum Austrag, denn es hatte sich bereits die Staatsanwaltschaft der Akten bemächtigt und nach Einsicht in diese den Spieß umgedreht und gegen den Kläger das Verfahren wegen Betruges und Unterschlagung eröffnet. Schwarz selbst ist nicht geschädigt worden, da er bei der Generalabrechnung mit Seele diesem von seinem Verdienst die veruntreuten Summen abgezogen hatte. Der Angeschuldigte verteidigte sich damit, daß er die für Schwarz gemachten Schulden bei der Träger- und Holzfirma auf sein persönliches Konto genommen habe, und auch seinen Buchhalter angewiesen habe, den Schwarz davon in Kenntnis zu setzen und mit diesem an dem nächstkommenden Vorschußtage abzurechnen. Die Kammer nahm zwei Betrugsfälle und einen Fall der Unterschlagung für erwiesen an und verurteilte den Maurermeister zu — **750 Mark Geldstrafe,** bezw. für je nicht gezahlte 10 Mark zu einem Tage Gefängnis.

---

**Striegau,** 1. März. Wahlverein. Die am Sonntag abgehaltene Wahlvereinsversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Gemeinderatswahl in Gräben. Als Kandidaten wurden die Genossen Karl Härtel und Hermann Flusle in Vorschlag gebracht. Dabei wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Beteiligung an der Wahl eine sehr starke sein möge, damit die vorgeschlagenen Genossen auch gewählt werden, das ist für Gräben, welches zu Vierfünfteln sozialdemokratisch ist, nicht schwer. Unter „Verschiedenes“ regte Genosse Bandach an, daß am 1. Mai, der dieses Jahr ein Sonntag ist, früh ein gemeinsamer Spaziergang unternommen werden, und Nachmittag ein Gartenfest in bisher üblicher Weise stattfinden soll. Alles nähere über dieses Fest soll die nächste Versammlung beschließen und sei hiermit jetzt schon darauf hingewiesen damit, dieselbe gut besucht wird. Nachdem noch einige Mitglieder aufgenommen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Hähnichen,** 15. März. Gemeindevertretersitzung. Die am 12. d. M. stattgefundene Sitzung der Gemeindevertreter beschloß in Betreff der Hundesteuer sich dem vom Kreisausschuß ausgearbeiteten Gesetzentwurf anzuschließen. Vom 1. April ab muß jeder Hundebesitzer eine Steuer von jährlich 5 Mark bezahlen.

**Liegnitz,** 15. März. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute früh an dem Bahnübergange bei Barschdorf (Strecke Liegnitz—Königszelt). Der Kutscher des Gutsbesitzers Heide aus Barschdorf passierte mit einem zweispännigen Fuhrwerk den Bahnübergang, dessen Barriere nicht geschlossen war. In diesem Augenblick durchfuhr eine Hilfsmaschine in schnellem Tempo den Uebergang, tötete beide Pferde, demolierte den Wagen und schleuderte den Kutscher weit hinweg. Dieser wurde besinnungslos aufgehoben und nach dem Kreiskrankenhaus in Liegnitz transportiert, wo an dem Verunglückten außer einer schweren Kopfverletzung ein Arm- und Beinbruch festgestellt wurde. Die Schranke an dem Barschdorfer Uebergange wird von einem bejahrten, sonst sehr zuverlässigen Wärter bedient. Der Kutscher ist nach den vorläufigen Meldungen frei von Schuld an dem Unglück. Bei dem heute Morgen herrschenden dichten Nebel, der kaum zehn Schritte weit Gegenstände erkennen ließ, war das Herannahen der Lokomotive schwer zu bemerken, und da außerdem die Schranke offen war, hielt der Kutscher die Passage für frei.

**Bunzlau,** 16. März. Oeffentliche Schuhmacher-Versammlung. Gestern Abend fand im Vereinszimmer der „Drei Kronen“ eine öffentliche Versammlung der hiesigen Schuhmachergehilfen statt. Den Vorsitz führte Kollege Scholz und als Schriftführer fungierte Kollege Stadtverordneter Nitschke. Als Referent war Kollege Paul Thater, Leiter der Schuhmacher-Genossenschaft in Breslau, erschienen und sprach über „Zweck und Nutzen der Organisation“. Er empfahl in seinem interessanten Vortrage dringend den Anschluß der Gehilfen an die Organisation. Im wesentlichen erledigte sich Redner seiner Aufgabe in bester Weise und belohnte ihn reicher Beifall. Hierauf wurde zur Erledigung des Lohntarifs geschritten, welcher in allen Teilen, wie ihn die Kommission ausgearbeitet hatte, angenommen wurde. Es fand eine Ergänzungswahl der Lohnkommission statt, in welche Kollege Gampich gewählt wurde. Darauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Kattowitz.** Sozialdemokratischer Verein. In der letzten gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Genosse Bruhns zunächst über den „18. März 1848“. Redner entrollte in großen Zügen ein Bild jener Tage der ersten und einzigen deutschen Revolution, ging den Ursachen derselben nach und besprach ihre Wirkungen, die auf die fernere Gestaltung unserer politischen Verhältnisse von großem Einfluß waren. In der „Politischen Wochenschau“ erörterte Genosse Bruhns zunächst nochmals die borussische Russenliebe und ihre Annaglung durch die Sozialdemokratie und kritisierte dabei scharf das Verhalten der polnischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, die sich aus zarter Rücksichtnahme auf den lieben Zaren nicht an der Debatte beteiligten. Dann ging Redner zu einer Besprechung der Beratung des Militäretats im Reichstage und des Falles Arenberg über. Die selbstverständliche Erklärung Bebels, daß bei einem Angriffe auf Deutschland auch die Sozialdemokraten das Vaterland bis zum letzten Atemzuge verteidigen würden, sei mit beleidigender Geringschätzung sowohl von Seiten der Regierung wie der staatserhaltenden Parteien aufgenommen worden. Eine solche Erklärung passe den Herren grade jetzt garnicht, denn es gelte, wie die gegenwärtigen fortdauernden möglichst scharfmachenden und gehässigen Angriffe auf die Sozialdemokratie zeigen, die ganzen bürgerlichen Parteien in die denkbar feindlichste Stimmung gegen die Sozialdemokratie zu versetzen. Der Zweck ist nach Redners Meinung ganz klar. Man will versuchen, ob nicht einmal ein erfolgreicher Sturmangriff des gesamten Bürger-, Junker- und Pfaffentums auf die Sozialdemokratie möglich zu machen sei. Die Nachricht des „Vorwärts“, daß eine Reichstagsauflösung geplant wäre, habe große Wahrscheinlichkeit für sich, trotz des geringschätzigen offiziösen Dementis. Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, die Redner näher besprach, liege ebenfalls in diesem Plan, denn das mächtige Zentrum müsse jedenfalls zufriedengestellt werden. Wir sollten jedenfalls auf schwere Kämpfe, insbesondere auf einen Angriff gegen das jetzige Reichstagswahlrecht, gerüstet sein.

In einer sich an die „Wochenschau“ anschließenden regen Diskussion wurden von mehreren Rednern einzelne Punkte noch eingehender erörtert. Während ein Redner sich mit Bebels Erklärung nicht einverstanden erklärte, da wir eine Beseitigung aller Landesgrenzen anstreben und Gegner aller Kriege sein müßten, erklärten sich die anderen Diskussionsredner dagegen mit Bebels Aeußerung durchaus einverstanden. Dieselbe sei nicht nur taktisch geschickt, sondern auch ganz berechtigt, denn zur Abwehr von Angriffen ausländischer Feinde auf Deutschland nötige uns doch das eigene Interesse und die allgemeine Völkerverbrüderung ist doch noch auf lange Zeit hinaus ein schöner Traum, dessen Verwirklichung politische, wirtschaftliche, geographische und ethnographische Verhältnisse hindern.

Im Punkt „Vereinsangelegenheiten“ wurde Genosse Königsfeld zum Vertrauensmann für Kattowitz gewählt und beschlossen, an die Parteikasse in Berlin zunächst 5 Mark und später regelmäßige monatliche Beiträge zu senden. Von den nicht zum sozialdemokratischen Verein gehörenden Genossen sollen die Parteibeiträge durch Verkauf besonderer Marken erhoben werden, ebenso wurde beschlossen, in

großen öffentlichen Versammlungen freiwillige Beiträge zur Deckung der Kosten zu erheben. Auf Kosten des Vereins soll ein Exemplar des „Vorwärts" abonniert und im Vereinslokal ausgelegt werden. Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 29. März, statt.

**Gleiwitz.** Eine Arbeiterversammlung war zum letzten Sonntag Nachmittag in das Hotel „Stadt Triest", das nunmehr den hiesigen Arbeitern zur Verfügung steht, einberufen worden. Der Einladung waren so Viele gefolgt, daß der Versammlungssaal bis zum letzten Platz gefüllt war. Schriftsteller Bruhns-Kattowitz erörterte in einem einstündigen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. In der darauffolgenden Diskussion kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit einem Wortführer der zahlreich vertretenen Anhänger der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Ein gehässiger persönlicher Angriff auf den Genossen Schütz wurde zur Bestürzung des Angreifers von dem in der Versammlung zufällig anwesenden Angegriffenen entschieden zurückgewiesen, ebenso eine Anzahl anderer unwahrer und gehässiger Angriffe auf die freien Gewerkschaften. Obwohl der Vertreter der Gewerkvereine nicht weniger wie vier Mal ausführlich zu Worte gekommen war, eine Toleranz, die er zu gemeinen Beschimpfungen der Gewerkschaften ausnutzte, betrug der Mann sich derartig skandalös, als nunmehr dem Referenten das Schlußwort erteilt ward, daß der Versammlungsleiter genötigt war, den tobenden und schimpfenden Menschen aus dem Saal zu entfernen. Der Sache der Gewerkvereine hat ein derartig unanständiges Verhalten eines ihrer Wortführer natürlich bei allen anständigen Leuten großen Schaden getan. Eine Anzahl Arbeiter ließ sich nach Schluß der Versammlung in die gewerkschaftliche Organisation aufnehmen.

**Zaborze,** 15. März. Risiko der Arbeit. Durch Kohlfall wurde heute Vormittag auf dem Ostfelde der Luisegrube der Bergbauer Santor aus Bielschowitz erschlagen. Der Verunglückte, der noch lebend unter dem Kohl hervorgezogen wurde, starb bald darauf an seinen schweren Verletzungen. Die Leiche wurde in die Totenhalle des Lazaretts geschafft. Santor war 68 Jahre alt und sollte vom 1. April cr. ab die Invalidenrente beziehen. Eine zahlreiche Familie beweint ihren Ernährer. — Auf der hiesigen Koksanstalt verunglückte heute Nachmittag ein Arbeiter dadurch, daß er sich durch glühenden Koks eine Verbrennung der Beine zuzog. Er wurde mittels des Samariterwagens ins Krankenhaus überführt.

**Leobschütz,** 15. März. Kohlenoxydgasvergiftung. Infolge Ausströmens von Kohlenoxydgas aus dem Stubenofen wurde in der Nacht zu Montag in Bladen die Familie des Schneidermeisters Unruh betäubt. Als am Montag früh die Familie sich nicht zeigte, erbrachen Nachbarn die Wohnstube und fanden das Ehepaar und Kind, einen vierjährigen Knaben, leblos in den Betten. Den Anstrengungen des Dr. Pech gelang es, das Ehepaar ins Leben zurückzurufen, das Kind jedoch war bereits tot.

**Von der russischen Grenze.** Ueber einen grauenvollen Doppel-Raubmord wird aus Lodz der „Breslauer Morgenzeitung" folgendes berichtet: Am Sonnabend Abend wurde hierselbst das Hausbesitzer Joseph und Emilie Jentsch'sche Ehepaar in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Dem Manne war der Kopf mit einem Hammer eingeschlagen, die Frau lag mit durchschnittenem Halse neben dem Manne. Die ganze Wohnung war nach Geld oder Geldeswert durchsucht. Aus den Betten waren die Kissen gerissen, die Strohsäcke durchwühlt, Schränke und Truhen waren erbrochen, ja selbst im Keller war der Boden aufgegraben. Offenbar glaubten die Mörder, das Ehepaar, das sehr einsam lebte, habe seine Ersparnisse irgendwo versteckt. Trotzdem dürften den Mördern nur ganz geringe Barmittel in die Hände gefallen sein, da das Ehepaar erst vor wenigen Tagen das ersparte Geld auf die Sparkasse getragen hat und erwiesenermaßen nie mehr wie 100 Rubel im Hause hatte. Von den Raubmördern fehlt bisher jede Spur.

# Neueste Nachrichten.

## Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

### Geschaßt.

**Petersburg,** 16. März. Durch kaiserlichen Ukas wurde Kontreadmiral Molas, zweiter Chef des Stabes und Befehlshaber der Flotte des Stillen Ozeans, abberufen, ebenso Vizeadmiral Stark vom Oberbefehl über das Geschwader des Stillen Ozeans aus Gesundheitsrücksichten entbunden.

### Auf dem Lande.

**Niutschwang,** 16. März. Von authentischer Seite wird berichtet, daß eine beträchtliche russische Streitmacht sich in der wertvollen strategischen Stellung in der befestigten Stadt Aichangan, bis wohin die Japaner im chinesisch-japanischen Kriege vorrückten, festsetzte. Eingeborene, welche Fonghwang-Tschoeng bis zum 12. d. Mts. verließen, und deren Aussagen glaubwürdig sind, bestätigen die Meldung, daß die Hauptmacht der Russen, welche am Jalu zusammengezogen war, ihn jetzt überschritten habe, und kleine Truppenkörper in Antung, Tschiulientscheng und anderen Orten zur Bewachung des Flusses zurückließe. Vor 14 Tagen waren japanische Aufklärungstruppen in Antung, seitdem wurden westlich vom Jalu keine Japaner gesehen.

### Die Russifizierung Finnlands.

Aus Helsingfors wird gemeldet, die finnische Regierung verbot die Einführung und Verbreitung folgender deutscher bezw. französischer Zeitungen in Finnland: „Zukunft", „Vorwärts", „Aurora", „Européen", „Petite République" und „Sozialiste".

## Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Schneider Hermann Schocke, ev., Neumarkt 10, und Rosalie Urbanek, kath., ebendas. — Maurer Friedrich Ottmann, kath., Fischergasse 11, und Martha Jokisch, ev., Schuhbrücke 71. — Haushälter Paul Nullig, ev., Kirchstraße 10, und Martha Hinderjok, kath.. Reußenoble 12. — Fabrikarbeiter Karl Kleinert, ev., Pöpelwitzstr. 26, und Anna Danke, kath., Kurzegasse 61. — Hausdiener Alfred Gröbner, kath., Altbüßerstr. 18, und Pauline Peter, ev., Bogenau, Kreis Breslau. — II. Bauarbeiter Rudolf Schulz, ev., Hubenstr. 98, und Johanna Grollmisch, ev., hier. — Maurer Franz Mende, ev., Löschstr. 14, und Pauline Mende, ev., hier. — Schlosser Alfred Schiedlansky, ev., Mollwitzerstr. 8, und Bertha Stephan, kath., Ohlauer Chaussee 12. — Arbeiter Hermann Rogoll, ev., Königgrätzerstr. 19, und Luise Klose, ev., Schweidnitzer Stadtgraben 26. — Schneider Johannes Sterhut, kath., Bahnhofstraße 6, und Hedwig Anschütz, ev., Ohlauerstr. 42.

Eheschließungen. II. Schneidergeselle Hermann Hoffmann, ev., Brüderstr. 20, mit Emma Kose, ev., hier. — Bahnarbeiter Alfred Egers, kath., Fränkelplatz 8, mit Elisabeth Kostrzewska, kath., Trebnitzerplatz 1. — Korkschneider Arthur Hein, ev., Holteistraße 27, mit Anna Haase, ev., Neudorfstr. 32. — Töpfergeselle Max Hübner, kath., Löschstr. 33, mit Martha Prauser, ev., hier. — Arbeiter Georg Zobel, ev., Brüderstr. 45, mit Marie Büttner, ev., Königgrätzerstr. 27.

### Briefkasten.

**B. H., Oppeln.** Wenn Sie im Stundenlohn stehen, können Sie garnichts beanspruchen, solche Unterbrechungen müssen nur dann bezahlt werden, wenn Wochenlohn gezahlt wird.

**Bankwitz** bei Zobten am Berge. Im Sinne des Gesetzes sind Sie nur dann selbständiger Unternehmer, wenn Sie eigene Leute dauernd beschäftigen und Ihnen die Arbeitsgeräte gehören. In Ihrem Falle scheint das aber nicht so zu sein, sonst hätte die Berufsgenossenschaft Sie unbedingt aufnehmen müssen.

**K.** Die Frage, ob Konfektionsarbeiter, die zu Hause beschäftigt sind, der Versicherungspflicht unterliegen, ist bis heute strittig. Anständige Zwischenmeister melden ihre Arbeiter (auch Ehefrau) aber ohne weiteres bei der Krankenkasse rc. an.

**Nach Rawitsch.** Sie wollen wissen, warum die Berliner Genossen keine Märzversammlungen mehr machen? Wahrscheinlich, weil die zuständigen Organisationen es so beschlossen haben. Der augenblickliche Kampf gegen das Unrecht liegt ihnen zweifellos näher, als die nun doch schon fünfzig Jahre zurückdatierenden Märzstürme.

## Versammlungen und Vereine.

### Breslau.

#### Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 17. März:

**Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher.** Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 2.

Sonnabend, den 19. März:

**Zentral-Verband der Töpfer.** Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 2.

**Tapezierer-Verband.** Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 3 und 4.

Sonntag, den 20. März:

**Breslauer Buchdruckergehilfenverein.** Vormittags 10 Uhr: Generalversammlung im großen Saale.

**Arbeiter-Sängerbund.** Vormittags 10 Uhr: Schluß-Abrechnung vom Fest. Ausschußsitzung.

**Gießereihilfsarbeiter.** Nachm. 4 Uhr: Versammlung. Zimmer Nr. 2.

### Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

**Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).**

**Bezirk 20.** Sonntag, den 20. März, Vormittags 9 Uhr: Beitragsleistung. Der Bezirksführer.

**Distrikt III (Ober-Vorstadt).**

**Bezirke 35, 37 u. 38.** Donnerstag, den 17. März: Kassenabend. Die Bezirksführer.

Sonntag, den 20. März, früh 8 Uhr, „Volkswacht"-Agitation. Treffpunkt in den bestimmten Lokalen. Die Bezirksführer werden ersucht, nochmals ihre Mitglieder einzuladen. Der Distriktsführer.

**Distrikt IV (Sand-Vorstadt).**

Da am Sonntag, den 13. März, die Agitation wegen der „Zetkin-Versammlung" nicht lohnte, werden sämtliche Genossen der **Bezirke 51-56** auf Sonntag, den 20. März, Vormittags 8 Uhr und 10½ Uhr zur **Agitation** eingeladen.

**Distrikt VI (Ohlauer und Schweidnitzer Vorstadt).**

**Bezirk 73.** Sonnabend: Zahlabend.

**An die Bezirksführer und Stellvertreter.** Zwecks Abrechnung und Besprechung Zusammenkunft am Sonntag, 11 Uhr Vormittags, im „Gewerkschaftshause". Kontrollkarten mitbringen, soweit noch nicht kontrolliert. Der Distriktsführer.

**Distrikt VII (Innere Stadt).**

An die Bezirksführer und Stellvertreter. Sonntag, den 20. März, Vormittags 8 Uhr, „Volkswacht"-Agitation vom alten Lokal aus. Mitglieder sind eingeladen. Der Distriktsführer.

**Striegau.** Männergesangverein „Vorwärts". Sonnabend, den 19. März: Wintervergnügen, bestehend in Gesang, Theater und Tanz. Anfang Abends 8 Uhr. Es ladet freundlichst ein Das Komitee.


Am 14. d. Mts. verschied infolge Unglücksfall mein lieber Mann und guter Vater, der Maurer [449

**Paul Kirmis**

im Alter von 32 Jahren.

Die tieftrauernde Gattin nebst Kind.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Maxklinik nach Dyrrgoy, statt. Wagen stehen am Trauerhause, Königgrätzerstr. 17, zur Verfügung.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**

Am Mittwoch, den 16. März, vormittags, verstarb infolge Darmleiden nach langem Krankenlager unser langjähriger Verbandskollege

**Karl Kitzig,**

im Alter von 56 Jahren. Er war Mitglied seit 1895.

Ein ehrendes Andenken werden dem treuen Kollegen bewahren

445] Die Mitglieder des Zweigvereins Breslau.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 19. März, vom evang. Kirchhofe zu Gräbschen aus, statt.

**Verband d. Handschuhmacher Deutschlands.**

Am 14. d. Mts. verschied nach schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der Handschuhfabrikant

**Paul Pfeifer.**

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Der Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle der Max-Klinik. [446

**Stadt-Theater.**

Donnerstag:
Zur Hundertjahr-Feier:
Prolog v. Carl Biberfeld,
gesprochen von Frl. Santen.
„Wilhelm Tell".
Freitag:
Gastspiel Marie Götze:
„Samson und Dalila".

**Lobe-Theater.**

Donnerstag:
„Der Rastelbinder".
Freitag:
„Der Meister".

**Dominikaner.**

Täglich:
Das Spezialitäten-Ensemble
„Globus".
Alle drei Tage vollständig neues Programm.
Anfang 7½ Uhr. Entree 10 Pf.

**Gute Speisekartoffeln**
5 Liter 20 Pfennige. 420
Neumarkt 22, Hof rechts.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** (E. H. 29.)

Sonntag, den 20. d. Mts.,
früh 10—2 Uhr und nachmittags 3—5 Uhr,
im Kassenlokal Reuschestrasse 65:

**Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.**

Legitimation: Mitgliedsbuch.

447 Die Ortsverwaltung.

[448]

Heute eingetroffen große Waggonladung:
Prachtv. Schellfisch, i. Ausschn. (Mittelstück.) Pfd. 30 Pf.
Feinsten weissen Cabliau, alles Mittelstück, Pfd. 25 Pf.
Stinte, grüne Heringe und Backschellfisch
Feinste haut- und grätenlose Fisch-Koteletts
Pfund 60 Pf.

**D. D.-F.-G. „Nordsee"**
Schmiedebrücke 19 und Stadtbahnbogen.

**Deutsche Friedensgesellschaft**
Ortsgruppe Breslau.

Freitag, den 18. März 1904,
abends 8¼ Uhr,
im kleinen Saale des Konzerthauses, Gartenstr. 39/41:

**Vortrag** [440

des Herrn Diakonus H. Francke aus Görlitz, über:
„Pfarrer Naumann und die Friedensbewegung".
Gäste, Herren und Damen, willkommen. — Eintritt frei!

**Musikwerke**

Kataloge gratis!

Grammophone
Phonographen
Polyphone [333
Musik-Automaten

liefert auf **Teilzahlung**

**Albert Langner,**
Breslau II, Tauentzienstrasse No. 17a.

**Achtung! Ofensetzer! Achtung!**

Den Herren Ofensetzern Breslau's teile hierdurch mit, daß ich
**Klosterstr. 22|24,** Nähe der Feldstr.
eine Schleiferei mit elektrischem Betrieb
eröffnet habe.
Ich werde bemüht sein, meine werten Kunden aufs beste und billigste zu bedienen.
Habe den Preis für's
**Schleifen von Kachelbehaumesser**
auf 5 Pf. pro Stück festgesetzt,
ebenso werde ich sämtliches 442
Setzerhandwerkzeug auch Begusssandstein
stets auf Lager halten und bitte mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen.

**Karl Tischer, Klosterstr. 22|24.**

**Neu eingeführt!**

**Märzengold** helles Märzenbier in Flaschen
**Kulmbacher** streng nach Kulmbacher Art und Gebinden
**Hopf & Görcke Gräbschen**

426 Frankierte Bestellkarten auf Wunsch. — Fernsprech-Anschlüsse No. 238 und 1921.

**Zigarren** eigenes Fabrikat
**Zigaretten** in großer Auswahl
**Rauch- und Kautabak**
bei
**Hermann Berner**
Mehlgasse 30. [441



Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: Friedrich Mehrlein; — für den gesammten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt": Paul Löbe. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oscar Schütz: — Druck von Th. Schatzky: — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. Hierzu 1 Beilage.

# Beilage zu Nr. 65 der „Volkswacht".

Donnerstag, den 17. März 1904.


## Deutscher Reichstag.

59. Sitzung. Mittwoch, den 16. März 1904, 1 Uhr

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Die zweite Lesung des Militär-Etats wird beim Kapitel

**Technische Institute der Artillerie**

fortgesetzt.

Abg. **Zubeil** (Soz.): Während meine Partei früher allein die Mißstände in den Spandauer Werkstätten hier zur Sprache brachte, scheint jetzt auch das Zentrum sich unserer Kritik anzuschließen. Am erfreulichsten aber ist es, daß unsere Erziehung bei dem Kollegen Pauli-Potsdam Erfolg gehabt zu haben scheint. (Heiterkeit.) Die Verhältnisse in Spandau bedingen es, besonders aber die mannigfachen Anforderungen der Artillerie-Prüfungskommission, daß in Spandau teurer produziert wird, als in Privatbetrieben. Jetzt wird den Arbeitern mit größeren Entlassungen gedroht, weil größere Aufträge an die Werkstätten nur dann zu erwarten seien, wenn ihre Preise nicht wesentlich höher seien als die der Privatbetriebe. Die Arbeiter sollen also wieder die Kosten bezahlen. Redner tadelt, daß altgediente Arbeiter der Pulverfabrik entlassen worden seien, um nachher wieder als Handlanger eingestellt zu werden. Den invaliden Arbeitern der Gewehrfabriken ist die Invalidenrente auf unbestimmte Zeit gesperrt worden. Es wird behauptet, die bisher gezahlte Rente sei zu groß, weil eine Invalidenkasse aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts noch Zuschüsse gewährte. Der Ton, den die Meister gegen die Arbeiter anschlagen, ist häufig sehr unhöflich. Im Feuerwerkslaboratorium ist den Arbeitern jede Unterhaltung verboten. Mit dem Schlagen der Stunde des Arbeitsbeginns werden jetzt die Fabriktore geschlossen, während früher Verspätungen [illegible] zu fünf Minuten nicht zählten. Am schlechtesten werden in den Spandauer Werkstätten die Kanzleischreiber bezahlt. Wenn ein solcher Schreiber in der Stunde 35 Pfg. verdienen will, muß er einen Bogen von 1152 Silben schreiben. Die Betriebsschreiber aber erhalten einen Anfangslohn von 4 Mk., der sich jährlich um 10 Pfg. pro Tag erhöht. Die Steindruckergehilfen beziehen im Höchstfall einen Lohn von 4 Mk. pro Tag, während die Buchdrucker 5–5.50 Mk. verdienen. In Spandau ist jedem Arbeiter irgendwelche Agitation verboten, besonders die sozialdemokratische. Dabei aber sind bei der letzten Reichstagsstichwahl eine Anzahl Arbeiter beurlaubt worden, um bei der Wahl als Listenführer, Wahlkontrolleure u. s. w. zu gunsten des schlichten Mannes aus der Werkstatt, des Abg. Pauli, tätig zu sein! Es wurden auch in den Werkstätten Schmähschriften gegen die Sozialdemokratie sowie die Bülow'sche Rede verbreitet. Das Schlimmste ist, daß Arbeiter entlassen worden sind auf die Beschuldigungen von Polizeispitzeln hin, so z. B. ein Arbeiter, von dem man behauptete, er bekomme von Liebknecht 50 Mark für Wahlagitation, der aber mit derartigen Geschichten absolut nichts zu tun hatte. Das ist der Militärverwaltung wenig würdig. Ein Pulverarbeiter, der 18 Jahre ununterbrochen in Spandau gearbeitet hatte, wurde ohne den geringsten Grund entlassen. Seine Bitte, ihm den Grund anzugeben, wurde verweigert. Jetzt ist er der Armenunterstützung zur Last gefallen. Der ablehnende Bescheid des Kriegsministers war nicht einmal mit einer 10 Pfennig-Marke frankiert. Ein Sattler, der ebenfalls 18 Jahre in der Deutzer Militärwerkstätte gearbeitet hatte, wurde entlassen, nachdem er im Betriebe das Gehör verloren hatte. Im Erfurter Betriebe sind ungerechtfertigte Lohnabzüge durchgeführt worden, die Nachzahlung wurde verweigert. Auch aus Hanau kommen Klagen. 2 Meister haben den Arbeitern über 400 Mark abgepreßt und vom Obermeister wird behauptet, daß er sich durch Liebesgaben an seine Familie bestechen läßt. Die beste Kritik, besonders der Zustände in Spandau, liegt wohl darin, daß jetzt auch der schlichte Mann aus der Werkstatt ihre Revision von oben bis unten fordert. (Bravo! bei den Soz.)

Generalmajor **Freiherr v. Arnim**: Die Wünsche des Herrn Pauli und auch die Wünsche der Arbeiterausschüsse auf Lohnverbesserungen werden zur definitiven Feststellung der demnächst in Kraft tretenden Lohnordnung benutzt werden. Was die Höhe der Löhne anbetrifft, so stehen wir schon jetzt im allgemeinen besser da, als die Privatindustrie. Das statistische Material darüber wird den Herren Abgeordneten gern zugänglich gemacht werden. (Bravo.) Die Neuregelung der Beamtengehälter bei den technischen Instituten wird lediglich von finanziellen Rücksichten abhängen. Die Lage der Kanzleischreiber ist lange nicht so traurig, wie es Herr Zubeil hinstellte. Die Arbeiterentlassungen in Spandau waren eine notwendige Konsequenz der geringen uns vom Reichstage bewilligten Mittel. Wir haben aber durch viele Schiebungen die Zahl der zu entlassenden Arbeiter von 900 auf 400 verringert. Die Behauptung des Herrn Zubeil, daß bei einzelnen Entlassungen zu rigoros vorgegangen ist, kann ich nicht nachprüfen. Jedenfalls ist dabei unter sorgfältiger Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse, Familie, Dauer der Beschäftigung 2c. verfahren worden. Bei der Arbeitsniederlegung von Arbeiterausschüssen handelte es sich teils um Bagatellen teils um Schwierigkeiten, die die Ausschüsse mit den Arbeitern selbst hatten. Daß die Wohnungen in Spandau von den besser entlohnten Arbeitern eingenommen werden, liegt daran, daß zu teuer gebaut ist. In Zukunft werden auch für die niedrig entlohnten Arbeiter Wohnungen beschafft werden. Im Uebrigen kann ich hier unmöglich auf alle von Herrn Zubeil vorgebrachten Fälle eingehen. Wenn die Rede gedruckt vorliegt, werde ich prüfen, über welche Punkte in Erwägung einzutreten ist. Sozialdemokratische Wahlagitation von den Werkstätten fernzuhalten, sehen wir allerdings als unsere Pflicht an. (Sehr richtig! rechts.) Von einer Wahlagitation der Behörden ist mir nichts bekannt. Die Reden des Herrn Reichskanzlers sind zur Aufklärung der Arbeiter verbreitet worden. (Lachen bei den Soz.) Ob Fälle von Erpressungen vorgekommen sind, wird nachgeprüft werden. — Wir sind nach wie vor bemüht, für das Wohl unserer Arbeiter zu sorgen, soweit es in unserer Kraft steht und soweit die Mittel ausreichen. (Bravo! rechts).

Abg. Dr. **Becker** (Zentr.) wünscht, daß die Kriegsverwaltung für die invalide gewordenen Arbeiter der Siegburger Werkstätten eine Pensionskasse einrichte, da die bestehenden Alterszulagen nicht ausreichen.

Abg. **Pauli**-Potsdam (kons.): Mit der Erklärung des Vertreters der Militärverwaltung können wir durchaus zufrieden sein. Herr Zubeil rief mir im vorigen Jahre zu: Gehen Sie sich nach einem andern Wahlkreis um. Jetzt aber bin ich wieder als Vertreter desselben Wahlkreises da. (Heiterkeit rechts:) Bei der Wahl hatten die Spandauer Arbeiter von 2 Uhr an frei und sind dann natürlich auch für mich als Schlepper eingetreten. Das kann man königstreuen Arbeitern doch nicht verwehren. Wenn das Bier, das Herrn Liebknechts Schwiegervater für die Arbeiter aufgelegt hatte, nicht getrunken wurde, so kann ich doch nichts dafür. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Dieses Versprechen von Freibier ist die schlimmste Wahlbeeinflussung. Sie (zu den Soz.) treten nur für die Arbeiter ein, um von den Arbeitergroschen zu leben! (Große Unruhe bei den Soz. Wiederholte Rufe: Unverschämtheit! Frechheit!)

Vizepräsident **Graf Stolberg**: Ich nehme an, daß Sie mit dieser Aeußerung nicht Mitglieder des Hauses gemeint haben. (Heiterkeit und Unruhe), sonst würde es unzulässig sein.

Abg. **Pauli** (fortfahrend): Ich gebe dem Hause anheim, wie es darüber denkt. Herr Zubeil hat in einer Versammlung in Potsdam behauptet, ich sei 1896 im Reichstage gegen die Vergütung des Hafenfrasses aufgetreten. Ich bin aber erst seit 1898 im Reichstag. (Gr. Heiterkeit rechts.) Bei der letzten Wahl wollte sich der konservative Kandidat mit Herrn Zubeil auseinandersetzen, wenn er nur 10 Genossen in die Versammlung mitbringe. Herr Zubeil aber brachte 100 Genossen und ging mutig in die Mitte. (Heiterkeit.) Das nennen Sie Mannesmut! Das sind doch komische Verhältnisse des Begriffes Mut! (Gelächter b. d. Soz.)

Abg. **Singer** (Soz.): Herr Pauli hat behauptet, wir füllen bei der Wahlagitation unsere Taschen auf Kosten der Arbeiter. Ein anständiger Mann sollte eine solche Behauptung nicht ohne Beweise aufstellen. Selbstverständlich ist daran kein wahres Wort. Außerhalb des Hauses würde ich eine solche Behauptung als erbärmliche Verleumdung bezeichnen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Auch mit dieser Einschränkung kann ich eine solche Aeußerung gegen ein Mitglied des Hauses nicht zulassen. (Zuruf bei den Soz.: Aber die Verleumdung wurde zugelassen!) Die Verleumdung wurde nicht gegen ein Mitglied dieses Hauses erhoben. (Lebhafter Widerspruch und große Unruhe bei den Soz.)

Abg. **Zubeil** (Soz.): Seine Wiederwahl verdankt Herr Pauli, was ich allerdings nicht erwarten konnte, der Freisinnigen Volkspartei. Diese ist bei der Stichwahl voll und ganz für ihn eingetreten. (Bravo! rechts.) Herr Pauli hat heut den Mund sehr voll genommen und ist doch kaum mit 200 Stimmen Majorität gewählt worden. Seine Tage in diesem Hause sind gezählt. (Lachen rechts.) Gestern erklärte er, das Kriegsministerium komme aus den Erwägungen nicht heraus, und heute spricht er ihm das größte Vertrauen aus. Die Behauptung, ich hätte dem konservativen Kandidaten ein Versprechen abgegeben, wenn er mich in seinen Versammlungen zu Worte kommen lasse, erkläre ich für eine bewußte Unwahrheit. (Bravo! b. d. Soz.)

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Zu Wort ist nur noch Herr Pauli gemeldet. Ich bitte den Herrn Abgeordneten, sich möglichst kurz zu fassen, da solche Zwiegespräche zwischen zwei Abgeordneten eines Wahlkreises nicht sonderlich zur Förderung unserer Geschäfte beitragen. (Heiterkeit.)

Abg. **Pauli** (kons.): Ich will mich bemühen, dem Wunsche nachzukommen. Herrn Singer erwidere ich, daß sein Parteigenosse Herbert in Stettin bei der Wahlagitation von jedem Arbeiter 5 Pf. und dadurch ein **Einkommen von 200 Mark pro Woche** erhielt. (Stürmische Heiterkeit bei den Soz.) Die Sozialdemokraten haben bei der jüngsten Wahl in Lüneburg 1500 Stimmen weniger erhalten als im Vorjahre. Und so wird es jetzt fortgehen; dann liegen Sie alle hinaus. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Herbert** (Soz.): Die Behauptung, ich hätte durch Beiträge meiner Stettiner Parteigenossen ein wöchentliches Einkommen von 200 Mk., ist Herrn Pauli **von einem Idioten allerersten Ranges** zugetragen worden. Mit einem Manne, der eine solche Narrenei für bare Münze nimmt, kann man nicht mehr ernsthaft diskutieren. (Sehr gut! bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Ordinariums.

Es folgt das Extraordinarium.

Beim Titel „Anschluß von Militärgebäuden in Metz, Straßburg u. a., an Wasserleitungen" bringt

Abg. **Groeber** (Zentr.) die Metzer Wasserversorgungsfrage zur Sprache. Der Fall ist typisch für die Folge, die falsche Berichte an höchster Stelle nach sich ziehen müssen. Das kaiserliche Telegramm hätte Berechtigung gehabt, wenn die ihm zu Grunde liegenden Voraussetzungen wahr gewesen wären. Die Stadtverwaltung hat aber durch Plakate der Bevölkerung das Nichtvorhandensein einer Epidemie angezeigt, ohne daß die Aufsichtsbehörde eingeschritten ist. Schon 1870 entstand in Metz eine Epidemie, welche sofort aufhörte, als die Stadt ihre verlästerte Bouillonquelle wieder hatte. Ein Vorwurf könnte hier nur die Staatsverwaltung treffen, daß sie die Regelung der Wasserversorgungsfrage solange verzögert hat, nicht aber die Stadtverwaltung. (Bravo! im Zentr.)

Generalmajor **Gallwitz**: Die Militärverwaltung ist bei der Abfassung des kaiserlichen Telegramms in keiner Weise beteiligt gewesen. Die Stadt hat jetzt beschlossen, die Quellen ganz aufzugeben; somit war doch wohl nicht alles in Ordnung.

Nach weiteren Bemerkungen des Geheimrats **v. Hallay** und des Abg. **Groeber** schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.

Hierauf wird ein Antrag der Kommission angenommen, zur Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung 10,600,000 Mk. zu bewilligen. Die Regierung hatte 11,400,000 Mk. gefordert.

Der Rest des Militäretats wird debattelos bewilligt.

Es folgen

**Wahlprüfungen.**

Die Wahl des Abg. Grafen **Ballestrem** (Ztr.) beantragt die Kommission für giltig zu erklären.

Präsident Graf **Ballestrem**, der in den letzten zehn Minuten neben dem Präsidentenstuhl vor einer der dunkelroten Plüschportièren gestanden und sich dann hinter die Portière zurückgezogen hat, tritt in diesem Augenblicke hinter der Portière hervor und übernimmt wieder das Präsidium. Brausende Bravorufe, für die Graf Ballestrem durch eine Verneigung dankt. Erneuter Beifall und große Heiterkeit.

Zu den Wahlen der Abgg. **Brzeski**-Thorn (Pole), **Münch-Ferber**-Hof (natl.) und **Dietrich**-Ruppin-Templin (kons.) wird Beweiserhebung beschlossen.

Für **giltig** erklärt werden die Wahlen der Abgg. **Bartling**-Wiesbaden (natl.), **Günter**-Osterode-Heidenburg (Frs. Vpt.), **Sue**-Bochum-Gelsenkirchen (Soz.), Freiherr **v. Wolf-Metternich**-Wittlich-Bernkastel (Ztr.), **Mattsen**-Schleswig-Eckernförde (natl.), **Fries**-Eisenach-Dermbach (natl.), **Gräfe**-Bautzen-Kamenz (Antis.), **Lenzmann**-Iserlohn-Altena (Freis. Vpt.), Dr. **Pachnicke**-Parchim-Ludwigslust (Freis. Vgg.), **Sittart**-Aachen (Ztr.).

Die Wahl des Abg. **Buchwald** (Soz.) beantragt die Kommission für ungiltig zu erklären.

Abgg. **von Gerlach** (Hosp. der freis. Vereinigung), **Fischer**-Berlin (Soz.), Dr. **Wiemer** (Freis. Volksvpt.) und **Stücklen** (Soz.) treten für Giltigkeit der Wahl ein, die Abgg. **Wellstein** (Zentrum) und Dr. **Wolff** (Wirtsch. Vgg.) für den Kommissionsbeschluß. Ein Antrag Dr. Wiemer auf Rückverweisung der Prüfung an die Kommission wird abgelehnt und entsprechend dem Kommissionsantrag die Wahl mit 126 gegen 81 Stimmen für ungiltig erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Erste Lesung des zweiten Nachtragsetats für Südwestafrika; Marine-Etat.)

Schluß 8 Uhr.

## Partei-Angelegenheiten.

**Die Säemänner.**

In der in Amsterdam erscheinenden „Deutschen Wochenzeitung in den Niederlanden" lesen wir:

„Die Führer der Sozialdemokraten hier zu Lande befleißigen sich einer sehr erfolgreichen Taktik, um Anhänger ihrer Lehre zu gewinnen. In regelmäßigen Zeiträumen findet sich in der Tagespresse die lakonische, von keinem Kommentar begleitete Mitteilung: der sozial-

## Aus aller Welt.

**Fürstliche Belohnung.** Man schreibt der „Berl. Volksztg." aus Marienburg: Der Lokomotivführer Strohfeld von hier fuhr am 4. Dezember v. J. einen Revisionszug auf der Strecke Marienburg—Illowo, in dem sich die Herren Eisenbahnpräsident Heinsius, Bauinspektor Crome und mehrere Regierungsräte aus Danzig befanden. Auf der Rückfahrt nach Marienburg bemerkte der Lokomotivführer trotz des an dem Tage herrschenden starken Nebels in der Nähe der Station Groß-Koschlau einen dunklen Punkt auf dem Gleise, infolgedessen er sofort Gegendampf gab. Es gelang ihm, den Zug kurz vor dem Hindernis — es war eine mit Schienen beladene Bahnmeister-Lowry — zum Stehen zu bringen und dadurch den Unglücksfall zu verhüten. Die Insassen des Revisionszuges kamen mit dem Schreck davon.

Der andere Fall ereignete sich im Sommer v. Js. auf der Strecke Marienburg—Thorn. Die Angestellten der Nebenwerkstätte Dirschau fuhren mit einem Extrazuge nach dem bekannten Ausflugsort Rachelshof und Herr Strohfeld leistete von hier aus mit seiner Maschine Vorspanndienste. Zwischen den Stationen Stuhm—Rehhof in einer Kurve, und da, wo das Gefälle recht erheblich ist, bemerkte er auf dem Gleise eine mit Schwellen beladene Bahnmeister-Lowry. Nur mit knapper Not gelang es den beiden Maschinen, den vollbesetzten Zug kurz vor der Lowry zum Stehen zu bringen und dadurch eine größere Katastrophe zu verhindern.

Der glückliche Führer hat am 11. d. Mts. für jeden Fall der bewiesenen Aufmerksamkeit, durch die er einen großen Materialschaden und den Verlust von Menschenleben verhindert hat, eine **Belohnung von — 10 Mark** erhalten!

Eine einfache Rechnung ergiebt, daß, wenn einem Lokomotivführer dergleichen Fälle täglich durchschnittlich nur zwei Mal passieren, er jährlich 365 × 20 = 7300 Mark, im Schaltjahr 7320 Mark, an Prämien verdienen kann; nach zwanzigjähriger Dienstzeit kann er es dadurch zu einem Kapital von beinahe 150,000 Mark bringen. Daß für die eventuelle Rettung des Lebens eines Eisenbahndirektionspräsidenten, eines Bauinspektors und mehrerer Regierungsräte und die Verhütung eines schweren Materialschadens, oder für die eventuelle Rettung des Lebens zahlreicher Arbeiter einer Nebenwerkstätte und die Verhütung eines schweren Materialschadens eine Belohnung von je 10 Mark zu gering sei, wird unter solchen Umständen hoffentlich niemand zu behaupten wagen.

**Wieder ein Soldatenpeiniger.** Dem Unteroffizier Ewald Plutra von der 3. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 70, Sohn eines Steuereinnehmers in Maizieres bei Metz, wurden von dem Kriegsgericht der 33. Division 12 Fälle zur Last gelegt, wo er als Gefreiter Nachts um 12 Uhr (Sonntags) nach Hause kam und die Leute seiner Stube (Rekruten) aufstehen hieß; dann mußten sie sich anziehen, wieder ausziehen und ins Bett legen, und so kommandierte der Herr Gefreite bis 3 Uhr Morgens weiter. In einem Falle verstärkte er diese Bewegung dadurch, daß er die Leute noch mit „Bettenbauen" beschäftigte und ihnen die Lagerstätten wieder zusammenriß. Ferner mußten verschiedene Leute die Stube mit der Zahnbürste scheuern. Besonders Säumige bekamen Jagdhiebe mit der Klopfpeitsche. Ein Mann mußte die auf den Spinden stehenden Waschschüsseln der Mannschaften mit Wasser füllen; mit jeder Schüssel mußte er besonders die vier Treppen in den Hof hinunterlaufen. Damit die Aufgabe noch ihren besonderen Reiz erhielt, wurde dem gequälten Manne aufgegeben, die Schüsseln „dreiviertelvoll" zu machen. Da diese Marke sehr schwierig zu treffen war, so mußte der Mann mit einer Schüssel öfters die Treppen hinablaufen, weil dem Angeklagten die Schüssel entweder zu wenig gefüllt oder zu voll gemessen war. Da der Angeklagte bestritt, Vorgesetzten-Eigenschaft gehabt zu haben, die Zeugen aber das Gegenteil behaupteten und aus den Akten eine derartige Feststellung nicht zu machen war, so beschloß das Gericht auf Antrag des Anklagevertreters die Ladung des Wachtmeisters der Batterie und vertagt die Sache.

**Ein Lotterieschwindler**, der mit Erfolg auf die Vertrauensseligkeit der Landbewohner rechnete, ist von der Berliner Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Ein 28 Jahre alter Handlungsgehilfe Walter Kraft bot durch Anzeigen in Provinzialzeitungen Lose einer erlaubten Klassenlotterie an. Viele Leute sandten den Betrag, den er verlangte, ein, bekamen aber nie ein Los zu sehen. Wenn andere etwas vorsichtiger waren und sich erst brieflich mit ihm in Verbindung setzten, sandte er ihnen unter Nachnahme einen Prospekt und versprach, daß er das Los nachschicken werde. Das vergaß er aber in jedem Falle.

**Der Begründer und Vorsitzende** des „Deutschen Vereins abstinenter Eisenbahner", Eisenbahndirektor de Terra, der sich auch fachschriftstellerisch betätigt hat, und dessen Versetzung nach Stolp im Jahre 1902 berechtigtes Aufsehen erregte, scheidet, wie wir hören, zum 1. April aus der Staatseisenbahnverwaltung, um sich zunächst ganz in den Dienst seiner gemeinnützigen Bestrebungen zu stellen. Seinen Wohnsitz gedenkt er zu dem genannten Zeitpunkte nach Marburg i. H. zu verlegen. Wir wünschen seinen Bestrebungen, das Leben des auf der Eisenbahn fahrenden Publikums noch mehr zu sichern, fernerhin wachsende Erfolge.

**Pommersche Räuber.** Gestern früh um 5 Uhr wurde, nach einer Meldung aus Rügenwalde, der Gemeindevorsteher Maaß aus Damshagen mit seinem Knecht in der Schöningswalder Heide überfallen. Die Räuber töteten zunächst ein Pferd. Maaß, der sich zur Viehabnahme nach Schlawe begeben wollte, führte 12 000 Mk. mit, auf die es die Verbrecher abgesehen hatten. Er und der Knecht sind lebensgefährlich durch Schüsse und Stiche verletzt und liegen im Krankenhause zu Rügenwalde. Die Täter entkamen.

**Ein Abendmahlsstreit.** Seit dem Beginn des Kirchenjahres 1904 verabreichen in Flensburg die Geistlichen den Mitgliedern der Guttempelvereine, denen jeder Alkoholgenuß untersagt ist, bei der Abendmahlsfeier Fruchtsaft statt Wein. Gegen diese Neuerung erhebt jetzt die orthodoxe Geistlichkeit der Landeskirche Einspruch, und ihr Organ, das Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kirchen- und Schulblatt, erklärt unter Hinweis auf das Vorgehen der Flensburger Geistlichen, daß jeder Angriff auf die Form oder den Inhalt des Sakraments zurückgewiesen werden müsse.

**Eine gräßliche Familientragödie** hat sich am Donnerstag Abend zu Kapstadt in dem vornehmen „Mount Nelson Hotel" abgespielt. Ein bekannter Millionär, namens Piet Marais, dinierte allein an einem Tische im Speisesaale des Hotels. Von einem anderen Tische, an dem drei Damen saßen, erhob sich plötzlich ein junges Mädchen, lief auf Herrn Marais zu, wechselte einige erregte Worte mit ihm und goß ihm dann aus einer kleinen Flasche Vitriol in das Gesicht. Herr Marais stöhnte furchtbar, erschreckte Hotelgäste liefen herbei und es zeigte sich, daß Herr Marais schwer im Gesicht verbrannt war. Die Tat war von der jungen Stieftochter des Sohnes des Herrn Marais verübt worden. Der junge Marais hatte, nach der „Frankf. Ztg.", vor sieben Jahren sehr gegen den Willen des Vaters eine Witwe mit einer kleinen Tochter geheiratet. Wegen dieser Heirat hatte der Vater dem Sohne alle Unterstützung entzogen und ihm immer wieder zu einer Scheidung geraten. Nicht nur die Gattin des jungen Marais, sondern auch ihre jetzt 15jährige Tochter war über das Verhalten des Schwiegervaters sehr aufgebracht. Ein erregter Brief, den Herr Piet Marais noch vor drei Tagen geschrieben hatte, scheint die Krisis herbeigeführt zu haben. Frau Marais wußte, daß ihr Schwiegervater im „Mount Nelson Hotel" dinierte. Sie ließ sich zusammen mit ihrer Tochter dort von einer Dame zum Diner einladen. Diese Dame bemerkte, daß Fräulein Aileen Marais eine kleine Flasche bei sich hatte, diese sagte aber, es sei Riechsalz für ihre Mutter darin. Während des Diners waren die beiden Damen merkwürdig erregt. Plötzlich sprang Fräulein Aileen Marais auf und beging die geschilderte Tat. Frau und Fräulein Marais wurden sofort verhaftet und nicht einmal gegen Kaution freigelassen, obwohl sie in der besseren Gesellschaft in Kapstadt wohl bekannt sind. Herr Piet Marais ist auf beiden Augen erblindet und wird vielleicht seinen Verletzungen erliegen.

demokratische Abgeordnete X und Y hat sich in dem oder dem Städtchen niedergelassen. Namentlich der Chef des sozialdemokratischen Generalstabes, Dr. jur. Troelstra, ist von einem frischen Wandergeist beseelt. Augenblicklich hat er seine Häuslichkeit nach Scheveningen verlegt und belehrt die dortigen Fischer über die Herrlichkeiten des Zukunftsstaates. Anfänglich hatte der „lalloko socenal“ mit großen Antipathien zu kämpfen, denn die Scheveninger Fischer sind bibelfeste Männer, aber je größer der Widerstand, desto höher bei Troelstra der Reiz, diesen Widerstand zu brechen.

Gegenwärtig ist der gewöhnliche Versammlungssaal zu klein, um die typisch gekleideten, robusten Fischer zu fassen, die, die Mütze im Genick, den Pfeifenstummel zwischen den Zähnen und die schwieligen Hände in die Hosentaschen versenkt, den Ausführungen des Volkstribuns mit zufriedenem Schmunzeln folgen. Und man muß offen bekennen: Troelstra kennt das Fischervölkchen durch und durch. —

Was er ihnen eingiebt, ist leicht verdauliche Kost, gewürzt mit bitterem Humor. Die Bibel rührt er in seinen Vorträgen nie an. Nur hier und da schiebt er, wie er sich ausdrückt, das auf den Markt gebrachte Christusbild zur Seite, um seinen Zuhörern zu zeigen, wie schlecht die sich dahinter versteckende egoistische Gesellschaft den Willen Christi, der Selbstaufopferung predigte, befolgt. Vergangenen Freitag wurde ihm solcher Beifall zuteil, daß man glaubte, die Saalflur würde durchbrechen.

Merkwürdigerweise sendet die antirevolutionäre Partei, zu welcher sich die meisten Fischerfamilien bekennen, niemals tüchtige Debatter ins Treffen, sondern nur schwache Redner, welche mit Gemeinplätzen um sich werfen und von Troelstra kurzerhand abgeführt werden.

Wahrscheinlich hält man diese Proselitenmacherei der Sozialdemokraten in gegnerischen Kreisen für ungefährlich, aber die Wahlresultate im kommenden Jahre dürften ihnen — zu spät — deutlich machen, daß sie gewaltig geirrt haben.“ —

**Im Gau Nordbayern** betrugen die Reichstagswahl-Kosten für die zwanzig zur Organisation gehörenden Wahlkreise 33,118 Mk. Davon wurden 14,200 Mk. aus der Hauptkasse geleistet. Die zwanzig Kreise brachten gegen 1898 einen Zuwachs von 28,302 Stimmen.

Der Gaukassierer verrechnet in seiner Abrechnung für 1903 Beiträge aus 94 Vereinen gegen 66 im Jahre 1902.

**In Britz** haben unsere Parteigenossen bei den Gemeindewahlen am Dienstag nach hartem Kampfe einen schönen Sieg erfochten. Unser Kandidat Kitzing erhielt 210 Stimmen, die Gegner hingegen insgesamt 199 Stimmen.

**Nowawes.** In der am Montag stattgehabten Wahl von zwei Vertretern zur dritten Klasse der Gemeindevertretung wurden abgegeben für unsere Genossen Otto Hemke 475 Stimmen, Hermann Jähnchen 471 Stimmen, während auf unsere Gegner nur 257 Stimmen entfielen. Somit hat die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg errungen.

**Der Märzgang der Wiener Arbeiterschaft** hat am Sonntag unter Beteiligung von 25,000 bis 30,000 Mann stattgefunden. Die jugendlichen Arbeiter, die Turner, Touristen und die Radfahrer bildeten besondere Gruppen. Die Polizei hat sich von Jahr zu Jahr mehr und mehr von den demonstrierenden Arbeitern zurückgehalten, und somit ging der Umzug in aller Ruhe vor sich. Die Massen bewegten sich hinaus nach dem Zentralfriedhof, wo auf den Gräbern der gefallenen Achtundvierziger Kränze niedergelegt wurden; die Zahl der letzteren betrug 137. Auf dem Friedhofe hielten die Abgeordneten Dr. Ellenbogen, Rieger und einige andere Genossen begeistert aufgenommene Ansprachen.

## Arbeiterbewegung.

**Ein neues Crimmitschau in Sicht?** Die Textilarbeiter zu Reichenbach im sächsischen Vogtlande haben an die Unternehmer das Ersuchen gerichtet, ihnen eine $1\frac{1}{2}$stündige Mittagspause zu bewilligen. Die Berechtigung der Forderung bedarf keiner besonderen Begründung. Die beste Begründung ist die Tatsache, daß viele Unternehmer sie schon seit Jahren bewilligt haben. Ein Beamter der Gewerbe-Inspektion Plauen hat in einer privaten Unterhaltung mit einigen Webern gelegentlich einer Inspizierung die Notwendigkeit der $1\frac{1}{2}$stündigen Mittagspause rückhaltslos anerkannt, und der Gewerbe-Inspektion Plauen ist wahrlich nicht nachzuweisen, daß sie je einseitig die Partei der Arbeiter ergriffen hätte. Dennoch werden die Herren Unternehmer nicht ohne weiteres geneigt sein, auf die Forderung der Arbeiter einzugehen. Das Verlangen nach einer $1\frac{1}{2}$stündigen Mittagspause hat in der Vorgeschichte der Crimmitschauer Aussperrung bekanntlich ebenfalls eine Rolle gespielt. Seine Bewilligung hätte die millionenschweren Verluste der Crimmitschauer Industrie überflüssig gemacht. Man darf daher auf das Verhalten der Reichenbacher Fabrikanten gespannt sein.

**Breslauer Justiz in Magdeburg.** Weil sie zu einem unorganisierten Kollegen auf dem Bau der Trainkaserne gesagt hatten: „Wenn Du nicht die vom Verband vorgeschriebene Wochenmarke klebst, werden wir das dem Vertrauensmann melden“, waren vom dortigen Schöffengericht die Bauarbeiter Uebe und Lorenz zu einem Monat bezw. drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Das Berufungsgericht hat dieses sehr an Breslau erinnernde Urteil jetzt bestätigt! Es stellte fest, daß obige Worte und die Tatsache, daß die Arbeiter des Baues nicht mit dem Unorganisierten zusammen arbeiten wollten (weshalb der Polier denselben entließ) einen groben Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung involviere und deshalb eine strenge Strafe am Platze sei. Die Worte: „So werde ich das dem Vertrauensmann melden“ enthielten „zweifellos“ eine Drohung im Sinne des § 153 usw.

---

**Neuer Winter.** Aus Wiener Neustadt, 16. März, wird gemeldet: In der ganzen Umgegend herrscht starker Frost, es schneit so stark, daß man nur wenige Schritte weit sehen kann. Dabei gehen schwere Gewitter nieder.

**Zehn Lokomotiven verbrannt?** Aus Moskau, 15. März, wird gemeldet: In der Werkstätte der Brester Bahn brach heute ein Brand, durch den zehn neue Lokomotiven vernichtet wurden. — Die müssen aus wenig feuerfestem Material hergestellt worden sein.

**Von einem Irrsinnigen getötet.** Mittwoch früh $\frac{1}{2}$7 Uhr wurde im Stadtkrankenhause zu Mittweida der Verwalter Arnold von einem geistesgestörten Insassen Mülefriedel durch Axthiebe getötet. Der Täter wurde festgenommen.

**Eisenbahnunfall.** Ein Telegramm aus Aschersleben übermittelt uns folgende amtliche Meldung: Am gestrigen Tage entgleiste der Personenzug Nr. 613 vor der Einfahrt in den Bahnhof Mansfeld. Ein Reisender ist leicht verletzt, der Betrieb ist nicht gestört. Der Materialschaden gering. Untersuchungen sind eingeleitet.

**Zwei Massenmörder.** Zwei junge Burschen, Peter Niedermayer und Gustav Marx, welche kürzlich in Chicago wegen eines Raubmordes zum Tode verurteilt wurden, legten ein Geständnis über eine Anzahl anderer Morde ab, welche sie vor ihrer Verhaftung begangen. Niedermayer, welcher kaum 23 Jahre alt ist, bekannte sich als Täter von 23 Meuchelmorden, deren Urheber bisher unentdeckt geblieben. Marx gestand, einer der drei Männer gewesen zu sein, welche im Jahre 1900 den Chicagoer Eilzug bei Dekalb zur Entgleisung brachten und die Passagiere beraubten.

**Immer Weidmann.** Der sechsjährige Franz ist der Sohn eines Oberförsters. Er nimmt natürlich an dem Familienleben in den verschiedenen Hütten von „Waldmann“, „Diana“ u. s. w. den lebhaftesten Anteil und ist mit der Hundezucht schon sehr bewandert Da tritt in der Familie des Oberförsters ein freudiges Ereignis ein. Franz bekommt Brüderlein, und zwar gleich drei an der Zahl. Anderen Tages darf Franz sich die Brüderlein, die natürlich einträchtig nebeneinander ruhen, ansehen. Statt in Jubel auszubrechen, bleibt Franz stumm und sinnend vor den Drillingen stehen. Erst nach geraumer Weile, nachdem er sie genau gemustert hat, giebt er beim Verlassen des Zimmers sein Urteil mit der Miene des Fachmanns dahin ab: „Vater, den in der Mitte ziehn wir uff.“

# Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 17. März 1904.

* **Der Zar in Deutschland voran!** Wir berichteten schon in Kürze über den Verlauf der Versammlung, die anstelle der wegen aufrührerischer Zitate Schillers und Fichtes zur Auflösung gelangten, sich mit den preußischen Russendiensten beschäftigte. Auch die einstimmig zur Annahme gelangte Protest-Resolution haben wir wiedergegeben, und unsere Aufgabe wäre gelöst, wenn wir nicht an die Zusage gemahnt würden, von den Ausführungen der Referentin und der Diskussion einen näheren Bericht, wenn auch etwas verspätet, zu geben. Durch die an anderer Stelle der heutigen Nummer mitgeteilte Ausweisung zahlreicher Russen, die ihre Ehre gegen Beleidigungen zu wahren für ihr Recht und ihre Pflicht hielten, sind die von flammender Leidenschaft getragenen Darlegungen der Genossin Zetkin wiederum aktuell geworden. Wir geben sie also inhaltlich hier wieder:

**Genossin Clara Zetkin:** Als ich vor wenigen Tagen zu Ihnen zu sprechen hatte, da habe ich nicht gedacht, daß wir so bald wieder zusammenkommen würden. Aber so ein armes sozialdemokratisches Menschlein denkt, eine höhere Weisheit aber lenkt. Und so begrüße ich denn mit Freuden die Gelegenheit, die sich so bald geboten hat, um den Vortrag von neulich vor einem noch größeren Zuhörerkreis zu beenden.

Am Donnerstag hatte ich mich bemüht, Ihnen den ungeheuerlichen Druck zu schildern, der den in Preußen lebenden freiheitliebenden Russen zu teil wird, und hatte an Hand der Geschichte und der einwandfrei feststehenden Tatsachen nachgewiesen, daß diese verfolgten und bedrückten Gäste nichts weniger als gewalttätige „Verschwörer“ seien, wie die Bülow und Richthofen, wie Hammerstein und Schönstedt es zu behaupten für gut befunden. Von den unglaublichen Maßregelungen russischer Bildungsfreunde, die deutsche Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, habe ich erzählt von Maßregeln, die der grausamen Auslieferung an die russischen Schergen gleichkommen.

Es wäre verfehlt zu glauben, daß der heute bei uns herrschende Kurs neu sei. O nein! Der Kosakenkurs von heute setzt nur fort, was Jahrhunderte lang gesündigt worden ist! (Sehr richtig!)

Man hat sich entrüstet über die angeblichen „Terroristen“, über die gewalttätige „Propaganda der Tat“, die von den russischen Sozialisten getrieben werden soll. Die gesamte bürgerliche Presse, einschließlich der „liberalen“, hat mit verschwindenden Ausnahmen in den großen Chorus eingestimmt und auf die wehrlosen russischen Flüchtlinge in gleicher Weise losgezogen, wie sie für den Kosakenkurs der Bülow-Richthofen Worte der Verteidigung gefunden hat.

Es ist noch nicht so lange her, daß der Typus des liberalen Bourgeois, Johannes Miquel, der später allerdings sich zum preußischen Minister entwickelte, noch nicht sein Herz für die agrarische Welt entdeckt hatte. Damals war er der „Terrorist“, der vor der Gewalt nicht zurückschrecken wollte. Damals war er derjenige, der ganz im Geiste der liberal-demokratischen Anschauung seiner Tage an Karl Marx schrieb, es müßten Bauernaufstände organisiert werden. Das war der Geist des Liberalismus, der in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gährte, und der, wie im Rußland der heutigen Zeit, in allen Türen der Devise Ausdruck gab: „Sire, Gedankenfreiheit!“

Wo ist heute aber der Liberalismus und Freisinn geblieben? Alles hat diese Presse getan, um die russischen Flüchtlinge zu verunglimpfen. Die eklatante Niederlage der borussischen Regierung hat man in einen moralischen Sieg umzufälschen unternommen. (Sehr richtig!)

Ja, einer freisinnigen Zeitung, der Tante Vossin in Berlin, war es vorbehalten, die „Leipziger Volkszeitung“ zu denunzieren, daß sie russische „Gewalttaten verherrlicht“ habe. Und im Dreiklassenhause war es der Führer der Freisinnigen, der Redakteur des ersten demokratischen Blattes, Herr Oeser aus Frankfurt, der ebenso wie Herr Peltasohn und die Vertreter der Fraktion Drehscheibe sich vollauf befriedigt erklärten durch die Erklärung der Minister, ohne daß diese Erklärung auch nur deutlich zu verstehen gewesen wäre. Ohne daß die Stimme des Volkes, die durch den Geldsack verstummen gemacht ist, in jenem Hause gehört wäre, waren diese Vertreter eines einst liberalen Bürgertums „vollauf zufriedengestellt.“

Kann man sich ein besseres Zeugnis vom Verfall des Bürgertums denken? Das Bild wäre allerdings nicht vollständig, wollte man nicht die Haltung unserer akademischen Kreise betrachten.

Sie haben geschwiegen zu dem ungeheuerlichen Eingeständnis, daß die Universität — wenigstens in Berlin — die akademischen Vorrechte opfert und die russischen Spitzeleien auch auf ihre Bücher und Listen übertragen läßt.

Und die Geisteshelden waren doch so beredt, als das Wort in Mode kam: „Der Dreizack gehört in unsere Faust!“ wahrscheinlich weil der Zickzack sonst gar zu sehr auffiele! (Lebhaftes Bravo!)

Diese bürgerlichen Helden der freien Wissenschaft haben nicht die Stimmen erhoben, als die Zollwucherpolitik ihre Orgien feierte; sie haben geschwiegen, als ein Gerhart Hauptmann nicht des Schillerpreises würdig gefunden wurde; sie haben kein Wort dazu gesagt, daß die Burggrafendramen des ehemaligen Artilleriemajors Lauff auf der Bühne dominieren — die Herren schweigen auch, wenn die akademischen Matrikel zur Bespitzelung russischer Studierender benutzt wird. Sie alle erschauern bei dem Gedanken, daß unter den Fremden, die der Despotie ihrer Heimat entronnen sind, „Anarchisten“ und „Nihilisten“ verborgen sein könnten.

Noch heute gilt von dem russischen Absolutismus das Wort: **Er ist der Despotismus, gemildert durch Meuchelmord!** Hat man denn heute, wo man vor Väterchen auf dem Bauche rutscht, ganz vergessen, daß eine zweite Katharina den Mörder ihres Gatten als Buhlen in ihr Bette nahm? Sind denn heute schon die Metzeleien von Blagowestschensk vergessen und die grausamen Schlächtereien von Kischinew? Hat man ganz die Tatsache aus dem Gedächtnis verloren, daß der russische Rubel eine so hervorragende Rolle spielte bei der Entthronung des Battenbergers, wie bei der Ermordung Stambulows! Und ist es nicht bekannt, daß hohe russische Offiziere monatelang vorher von der ekelhaften, grausamen Königsschlächterei von Belgrad wußten?

Weiß man nichts mehr von den Tausenden, deren Gebeine in den Eiswüsten Sibiriens modern? Von den Abertausenden, die in den Bergwerken von Kara dahinsiechen?

Man sollte meinen, daß die Bourgeoisie es sich zur Ehre schätzen würde, diese Erscheinung des bluttriefenden Despotismus zu bekämpfen und die Hüterin der Kultur gegen den Ansturm der Unkultur zu sein. Aber weit gefehlt! Die Bourgeoisie erblickt in dem russischen Absolutismus den Gendarm par excellence, der die aufstrebende Arbeiterklasse in Schach hält. Der Haß gegen die Arbeiterklasse ist der wahre Grund, weswegen die deutsche Bourgeoisie russischen Schergendienst leistet. Wenn der russische Despotismus gebrochen, dann zittern alle Despoten und Despötchen der übrigen Welt. Und deshalb: lieber mit dem machtvollen Zarismus, als mit dem unterdrückten eigenen deutschen Volke!

Aber wenn unsere Bourgeoisie uns im Kampfe gegen die russische Unkultur, gegen Barbarei und Knechtschaft allein läßt, sei es drum! Wir werden den Kampf allein führen und das Volk wird unsere Stimmen hören. Mag die Losung der Bourgeoisie sein: In Liebedienerei, im Bauchrutschen vor dem zarischen Despotismus voran! unsere Losung soll heißen: Die Freiheit, die Kultur, der Sozialismus allezeit voran! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des einzigen Diskussionsredners, des Herrn Redakteurs Dr. Rösemeier von der „Bresl. Morgenztg.“, der ungefähr folgendes ausführte:

Es sei bedauerlich, aber wahr, daß die bürgerliche, vor allem auch ein großer Teil der liberalen Presse in dieser Frage ganz versagt oder sich direkt auf die Seite der Reaktionäre geschlagen habe. Und doch gebe es auch für die liberale Bürgerschaft kaum einen größeren Feind, als die russische Unkultur. Es sei auch ganz gerechtfertigt, wenn die Haltung unserer akademischen und sogenannten gebildeten Welt von der Rednerin scharf kritisiert sei. Einstmals habe der große Dichter Graf von Platen in flammenden Worten gegen die russische Gefahr gewettert und die preußisch-russische Allianz verspottet:

„Züchtig, mit gebeugtem Nacken,
Treten fromm' wir zum Altar —
Uns am Busen ruhen Kosaken
Und im Weihrauch steht der Zar!

Die Zeit scheine vorüber zu sein, wo das Bürgertum noch Empfindung für die Schmach hatte, die in der Allianz mit Rußland liegt. Heute baue das deutsche Bürgertum auf die Schwankungen der Kurse seine Sympathien auf, nicht mehr auf allgemeine Grundsätze. Die heutigen Bürger, getaufte und nicht getaufte, hassen Rußland wegen der toten Juden von Kischinew; aber sie lieben Rußland wegen der lebendigen Papiere von Lodz! (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Aus dieser Empfindung heraus sei auch das Schlagwort von der „gelben Gefahr“ erfunden, die ein Sieg der Japaner heraufbeschwören solle. Aber es sei doch Tatsache, daß die Russen selber aus einer Vermischung von Mongolen und Slawen abstammten, sie also ebenso gut wie die Japaner eine „gelbe Gefahr“ darstellten, die uns nur noch weit näher liegt als jene. Sie ist ja schon mitten unter uns. Billige Arbeitskräfte werden heute ja schon von Russisch-Polen über die Grenze geholt und im Westen des Reiches erstehen ganze Polen-Städte. Da wolle man von einer gelben Gefahr reden? Allerdings

Ein rechter deutscher Mann kann keinen Polen leiden,
Doch seine Arbeit nimmt er gern!

Besonders wenn sie recht billig ist! Redner schließt mit der Versicherung, daß das Ziel der Bekämpfung nicht die gelbe, sondern die russische Gefahr sein muß!

Eine an Herrn Dr. Rosemeiers Ausführungen geknüpfte Bemerkung des Genossen Löbe, die sich auf den Weggang dieses Herrn aus seiner bisherigen Stellung bezieht, ist — wie wir uns überzeugt haben — unrichtig. Die „Bresl. Morgenztg.“ hat die Kündigung des Herrn Rosemeier ebensowenig als die des Herrn Cuno aus Gründen prinzipieller Natur vorgenommen. Deshalb entfallen die von Genossen Löbe daran geknüpften Folgerungen.

Lebhafter Beifall ward auch Herrn Rösemeier zu Teil. Im Anschluß hieran wurde die Erklärung verlesen, die von 428 in Berlin lebenden Russen gegen Bülow und Richthofen erlassen wurde, und die wir bereits abdruckten. Sie hat in der Ausweisungsordre ihre borussische Beantwortung gefunden!

* **Städtischer Arbeitsnachweis.** Frequenz in der Woche vom 7. März bis 12. März: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 129. Zu besetzende Stellen 70. Besetzte Stellen 56. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 108. Zu besetzende Stellen 214. Besetzte Stellen 152.

* **Tötlich verunglückt.** Am 14. d. Mts., Vormittags, glitt der Maurer Paul Kirmes in dem Neubau Ring 50 beim Transport eines Steines auf der Kellertreppe ab und kam so unglücklich zu Fall, daß er einen Halswirbelsäulenbruch erlitt. Nachdem ihm in der Unfallstation auf der Karlsstraße Hilfe geleistet worden war, wurde er in die Königliche Klinik gefahren, wo er den schweren Verletzungen erlegen ist.

* **Vorsicht ist geboten!** Am 16. d. Mts., Vormittags, löste sich ein großes Stück Dachsimsverzierung des Hauses Nikolaistraße Nr. 7 und stürzte auf den Bürgersteig. Eine Frau wurde so schwer am Kopfe verletzt, daß sie dem Allerheiligenhospital zugeführt werden mußte.

* **Vermißt** wird seit dem 12. d. Mts. das 15 Jahre alte Dienstmädchen Marta Quecke aus Öhlau. Das Mädchen soll durch einen Malergehilfen nach Breslau entführt worden sein. Unter dem linken Ohr hat das Mädchen eine Narbe. Bekleidet war es unter anderem mit einer schwarzrotgepunkten Bluse.

* **Unfälle.** Ein Rentenempfänger wurde am 15. d. M. auf der Friedrich Wilhelmstraße durch einen Wagen überfahren. Er erlitt eine lange Stirnwunde, welche ihm in der nächsten Feuerwache verbunden wurde. — An demselben Tage löste sich von einem Hause auf der Hirschstraße ein großer Teil des an einem Balkon angebrachten Stuckes ab und fiel einem Tiefbauunternehmer auf den Kopf. Anscheinend hat der Mann Verletzungen nicht erlitten.

* **Vermißt** wird seit dem 11. d. M. der 18 Jahre alte Handlungslehrling Hermann Differt, dessen Eltern Schießwerderstraße 2 wohnen. Er ist mit hellem, gestreiftem Anzug, dunklem Ueberzieher und schwarzem steifen Hut bekleidet.

* **Schornsteinbrand.** Am 15. d. M. Abends wurde die Feuerwehr nach [illegible]straße 80/86 gerufen. Es handelte sich um einen Schornsteinbrand in einer Stuhlfabrik.

* **Eingeworfene Fensterscheibe.** Am 15. d. M., Nachmittags, wurde eine große Spiegelscheibe im zweiten Stock des Hauses Büttnerstraße 32/33 durch einen Stein, der mit Hilfe einer Schleuder von der Straße aus geworfen worden war, zertrümmert.

* **Zusammenstoß.** Als am 15. d. M., Vormittags, ein Kutscher mit einem Kräutereiwagen auf der Neuen Schweidnitzerstraße wenden wollte, geriet der Wagen zwischen einen Straßenbahnwagen und einen Omnibus. An dem Omnibus wurde hierbei eine Scheibe zertrümmert.

* **Feuer.** Am 15. d. M. Nachmittags quoll aus dem Schornstein einer Kafferösterei Werderstraße 24 so starker Rauch hervor, daß die Feuerwehr alarmiert wurde, da der Ausbruch eines großen Brandes vermutet wurde. Es handelte sich jedoch nur um einen Schornsteinbrand. Der Ruß und die in den Schornstein geflogenen Bohnenhäutchen hatten gebrannt.

* **Gestohlene Stiefel.** Einem auf einer Promenadenbank eingeschlafenen Arbeiter wurden die Schuhe von den Füßen gezogen und gestohlen. Auch wurde ihm ein Militärpaß auf den Namen Max Hentschel gestohlen.

* **Gestohlen** wurden einem Dienstmädchen in einem Tanzlokal auf der Neudorfstraße ein schwarzes Jackett mit weißgepunktem Futter, einem Malergehilfen in einer Restauration auf der Enderstraße ein seidener Regenschirm und von einem Hause auf der Albrechtstraße $3\frac{1}{2}$ Meter Zinkabflußrohr.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 16. d. Mts. 30 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine goldene Damenuhr, ein rotbrauner Damenschuh, ein Hundehalsband, ein Portemonnaie, und ein Visitenkartentäschchen. — Abhanden kamen: eine braune Brieftasche, ein Korallenohrring und ein Portemonnaie mit 20 Mark. — Zugelaufen ist ein graugelber Hund.

---

* **Stadt-Theater.** Heute, Donnerstag, gelangt zur Erinnerung an die vor hundert Jahren in Weimar erfolgte erste Aufführung Schillers Meisterwerk „Wilhelm Tell“ zur Darstellung. Den Abend eröffnet ein von Carl Biberfeld verfaßter Prolog, den Frl. Santen spricht. Morgen, Freitag, wird die Königl. Sängerin Frau Marie Goetze ein einmaliges Gastspiel absolvieren und zwar wird die beliebte Künstlerin die Dalila in „St. Saens“ Oper „Samson und Dalila“ singen. Sonnabend findet die Première von Siegfried Wagners Oper „Der Kobold“ statt.

* **Lobe-Theater.** Die erfolgreiche Operette „Der Rastelbinder“ die bei ihren bisherigen Aufführungen lauteste Heiterkeit erregte, wird heute, Donnerstag, wiederholt. Morgen, Freitag, wird Hermann Bahrs geistvolle Komödie „Der Meister“ zum 3. Male gegeben. Sonnabend geht Beyerleins zugkräftiges Drama „Zapfenstreich“ zum 40. Male in Szene.

* **Thalia-Theater.** Sonntag gelangt Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Rose Bernd“ zur Aufführung. Der Vorverkauf erfolgt morgen, Freitag, von 10 bis 12 Uhr im Thaliatheater